

Substanzielles Protokoll 29. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Freitag, 14. Dezember 2018, 14.00 Uhr bis 16.29 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Martin Bürki (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Substanzielles Protokoll: Philippe Wenger

Anwesend: 121 Mitglieder

Abwesend: Susanne Brunner (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Föhn (EVP),
Felix Stocker (SP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|--------------------------|--|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 11. | 2018/351 | Weisung vom 19.09.2018:
Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2019 (Detailbudget und
Produktgruppen-Globalbudgets) | FV |
| 13. | 2018/461 | A Postulat der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 28.11.2018:
Bauprojekt am Hubertus, behindertengerechte Umsetzung
sowie Verbesserung der Aufenthaltsqualität | VTE |
| 15. | 2018/464 | A Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Ursula Näf (SP)
vom 28.11.2018:
Erhöhung der Stellenprozente der Fachstelle für Gewalt-
prävention | VSS |

Mitteilungen

Es werden keine Mitteilungen zur Kenntnis gebracht.

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

699. 2018/497

Erklärung der Grüne-Fraktion vom 14.12.2018: Entscheid des Bezirksrats zur Observationsverordnung

Namens der Grüne-Fraktion verliest Luca Maggi (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Der Bezirksrat hat entschieden - der Rechtsstaat hat gesiegt

Die Grünen der Stadt Zürich sind hocherfreut, dass der Bezirksrat die vom Gemeinderat erlassene Observationsverordnung aufgehoben hat. Damit ist der Rekurs erfolgreich, den die Grünen zusammen mit der AL, CSP, Demokratischen Juristinnen und Juristen und anderen Organisationen Anfang Jahr eingereicht haben. Auch der Bezirksrat ist der Meinung, dass die Stadt Zürich mit der Observationsverordnung ihre Kompetenzen überschritten hatte.

Bereits in der Debatte im Gemeinderat wiesen die Grünen auf diesen Punkt hin. Eine Mehrheit aus SP und bürgerlichen Parteien ignorierten diesen Fakt jedoch und boxten eine schludrig formulierte Verordnung ohne Rechtsgrundlage durch. Heute zeigt sich: es war ein Fehler.

Der Entscheid des Bezirksrates stärkt die Grundrechte der in der Stadt Zürich lebenden Menschen. Mit der Observationsverordnung wäre auf unzumutbare Weise in die Privatsphäre zahlreicher Zürcherinnen und Zürcher eingegriffen worden. Die Grünen der Stadt Zürich sind froh, dass der Bezirksrat dieser Entwicklung einen Riegel schiebt. Ähnliche Entwicklungen bei diesem Thema gilt es jedoch auch in Zukunft nicht nur juristisch, sondern auch politisch zu bekämpfen. Dass der Stadtrat in seiner Medienmitteilung den Kanton geradezu aufruft eine Rechtsgrundlage für Observationen im Sozialhilfegesetz zu schaffen, nehmen die Grünen zur Kenntnis. Sollte der Kantonsrat jedoch ein ähnlich unverhältnismässiges Gesetz schaffen, wie es in der nun aufgehobenen Observationsverordnung vorgesehen war, ist der Widerstand der Grünen gewiss.

Persönliche Erklärungen:

Markus Baumann (GLP) hält eine persönliche Erklärung zum Entscheid des Bezirksrats zur Observationsverordnung.

Eduard Guggenheim (AL) hält eine persönliche Erklärung zur ökumenischen Adventsbesinnung des Gemeinderats.

G e s c h ä f t e

692. 2018/351

Weisung vom 19.09.2018:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2019 (Detailbudget und Produktgruppen-Globalbudgets)

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 28, Beschluss-Nr. 692/2018)

Beschlüsse:

TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT
--

Antrag 056.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dubravko Sinovcic (SVP): Wir stellen einen Verbesserungsantrag von 200 000 Franken – was man aber mehr als eine Schätzung betrachten sollte. Wir wollen die Stelle des zweiten Departementssekretärs im Tiefbau- und Entsorgungsamt wie bisher unbesetzt lassen – was bis anhin immer gut funktioniert hat. Für uns ist nicht zu erkennen, warum dies wegen Ferienabwesenheiten und zunehmender Arbeitsbelastung nicht mehr machbar sein soll. Zu Beginn wollten wir vorschlagen, diese Stelle nur Teilzeit zu besetzen, um gewisse Ferienabwesenheiten zu kompensieren. Eine frühere Anfrage der FDP ergab aber eine derart schludrige Antwort, dass wir davon ausgehen mussten, dass es diese Stelle nicht wirklich braucht. Deshalb beantragen wir die komplette Streichung dieser Stelle.

Florian Utz (SP): Üblicherweise haben alle Stadträtinnen und Stadträte zwei Departementssekretäre. Es gibt keinen Grund, warum das ausgerechnet im Tiefbau- und Entsorgungsdepartement anders sein soll, wo grosse Herausforderungen bevorstehen. Beispielsweise ist das der Masterplan Velo, der mit dem bisherigen Vorgehen 2025 erst zu 50 Prozent umgesetzt sein wird und nicht zu 100 Prozent. Die Herausforderungen beim ERZ sind ebenfalls gross und mir ist schleierhaft, wie die SVP zum Schluss kommt, dort sei bisher alles rund gelaufen. Die Herausforderungen müssen primär in den Dienstabteilungen angegangen werden, das ist keine Frage, aber es braucht die Unterstützung aus dem Departementssekretariat. Wir wollen dafür die notwendigen Ressourcen sprechen.

Weitere Wortmeldungen:

Dubravko Sinovcic (SVP): Was im Entsorgungsdepartement nicht so gut lief, passierte zu der Zeit als es eben noch zwei Departementssekretäre gab. Seit dem FDP-Vorsteher lief das problemlos mit nur einem Departementssekretär. Unter diesem Vorsteher sind sogar alle Skandale erst ans Licht gekommen – es funktioniert also bestens mit nur einem Sekretär.

Sven Sobernheim (GLP): Jede schriftliche Anfrage, die die SVP beim Tiefbau- und Entsorgungsdepartement einreicht, geht über den Tisch des Departementssekretärs. Dieser hat also wesentlich mehr Arbeit als unter der Zeit von STR Filippo Leutenegger.

Dubravko Sinovcic (SVP): Als Kommissionsreferent der SVP von genau diesem Departement weiss ich genau, wie viele unnötige Vorstösse da eingereicht werden – und es sind sehr wenige.

S. 240	35 3500 3010 00 000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Departementssekretariat Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
056.	Antrag Stadtrat			1 614 900 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
		200 000		1 414 900 Minderheit Abwesend	Peter Schick (SVP) Elisabeth Liebi (SVP) Referentin Minderheit
		Begründung: Stelle des zweiten Departementssekretärs ist zu streichen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 057.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Elisabeth Schoch (FDP): Wir ziehen den Antrag zurück.

Christoph Marty (SVP): Für uns sind das Budgetausschöpfungen ohne Nachweis eines Bedarfs. Und wir sind bekannterweise kritisch gegenüber behördlich geförderter Kunst im öffentlichen Raum. Wir glauben, das Ziel ist mit viel weniger Mittel zu erreichen.

Florian Utz (SP): Es geht hier nicht um eine Mehrausgabe, sondern eine Umbuchung. Kunst im öffentlichen Raum wurde bis anhin immer im Tiefbauamt verbucht, doch STR Filippo Leutenegger buchte dies ins Departementssekretariat. Nun wird es wieder beim Tiefbauamt verbucht. Dort gehört die Kunst im öffentlichen Raum auch hin. Persönlich finde ich die von uns getätigten Ausgaben für Kunst im öffentlichen Raum gut, weil mir Kunst besonders dann gefällt, wenn sie öffentlich für alle zugänglich ist und man nicht Eintritt bezahlen muss, um sie zu sehen.

S. 245	35 3515 3010 00 000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
057.	Antrag Stadtrat			31 560 700 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)

200 000	31 360 700	Minderheit 1	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident
950 000	30 610 700	Minderheit 2 Abwesend	Raphaël Tschanz (FDP) Peter Schick (SVP) Elisabeth Liebi (SVP) Referentin Minderheit 2
Begründung: FDP: Keine Geschäftsleitung KiöR (aus Departementssekretariat hierher umgebucht); SVP: Budgetausschöpfung ohne Bedarfsnachweis			

Elisabeth Schoch (FDP) zieht namens der FDP-Fraktion den Antrag der Minderheit 1 zurück.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 104 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 058.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Elisabeth Schoch (FDP): Für Kunst im öffentlichen Raum (KiöR) sind 1,8 Stellen bereits intern besetzt. Dementsprechend braucht es keine zusätzlichen Honorare für externe Berater und Gutachter. Ausserdem besteht im Präsidialdepartement genügend Kompetenz, um Kunst zu beurteilen.

Florian Utz (SP): Auch hier handelt es sich nicht um Mehrausgaben, sondern um Umbuchungen. Wir finden es aber auch sinnvoll, dass das Tiefbaudepartement bei Kunst im öffentlichen Raum handlungsfähig ist und nicht erst mit anderen Dienstabteilungen Rücksprachen oder Einigungskonferenzen halten muss. Deshalb glauben wir, sind diese Gelder am richtigen Ort eingestellt.

Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP): Ich möchte auf die Unterstellung reagieren, dass die bürgerliche Seite etwas gegen Kunst im öffentlichen Raum hätte. Das ist nicht der Fall. Die bürgerliche Seite hat etwas gegen staatlich finanzierte Kunst im öffentlichen Raum. In vielen anderen Städten ist es möglich, grossartige Projekte privat zu finanzieren. Der Unterschied wäre, dass am Kunstobjekt zum Beispiel eine kleine Plakette befestigt wäre, die in etwa sagt: «Mit herzlichem Dank an die ZKB» oder eine andere Bank oder Versicherung. Und genau das stört euch, weshalb ihr selbst bei privaten Anbietern eine staatliche Finanzierung möchtet. Genau deshalb wollen wir diese Streichung und nicht etwa, weil wir etwas gegen Kunst im öffentlichen Raum hätten.

Sven Sobernheim (GLP): Stefan Urech (SVP) behauptete, dass wir KiöR vollständig selbst finanzieren würden. Wir hatten diesen Sommer die Ausstellung «Neuer Norden Zürich» zu der die Stadt 500 000 Franken bezahlte und 400 000 Franken stammten von Privaten – sei das von Stiftungen oder von Institutionen. Es ist also so, dass diese Zusammenarbeit bei KiöR erfolgreich stattfindet.

S. 246	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT				
	3515	Tiefbauamt				
	3132 00 000	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
058.	Antrag Stadtrat			5 000 000 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent,	
				246 000 N	Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)	
		130 000		5 116 000 Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Peter Schick (SVP)	
					Enthaltung	Walter Angst (AL)
					Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
		Begründung:	Keine externen Honorare für KiöR (aus Departementssekretariat hierher umgebucht)			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 70 gegen 40 Stimmen (bei 9 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 059. bis 068.

Kommissionsmehrheit:

Florian Utz (SP): Der Mehrheit geht es darum, kein Präjudiz gegen Tempo 30 zu schaffen. Bei diesen Strassen handelt es sich in der Mehrheit um Strassen, auf denen Tempo 50 signalisiert werden soll. Uns ist wichtig, dass bei einer zukünftigen Meinungsänderung auch eine Signalisierung mit Tempo 30 noch möglich sein soll ohne teure bauliche Massnahmen. Wir wollen für die Zukunft die entsprechende Flexibilität. Nach dem Abschluss des Budgets bei der RPK wurde dies auch vom Tiefbaudepartement entsprechend zugesichert. Es wurde darauf hingewiesen, dass man teilweise Markierungen anpassen müsste, der geplante Querschnitt erlaubt aber eine zukünftige Umsignalisierung auf Tempo 30. Mit dieser Zusicherung wurde unser Antrag obsolet, weshalb wir ihn zurückziehen.

S. 248	35 3515	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT			
		Tiefbauamt			
		Diverse Konten			
		Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
059.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2019 inkl. Nachtrag		Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident
		37 000		Mehrheit	Raphaël Tschanz (FDP) Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
				Enthaltung	Walter Angst (AL), Peter Schick (SVP)
				Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
		Begründung:	Kein Präjudiz gegen eine Lärmsanierung an der Quelle (Tempo 30); Streichung der Projekte gemäss nachfolgender Tabelle		

3515 Tiefbauamt		Budget bisher	November- brief	Ver- besserung	Budget neu
Aemtlerstrasse, Abschnitt Zypressen- bis Albisrieder- strasse					
513901/501000000	Erneuerungsunterhalt von Strassen: Sammelkonto//Strassen/Verk'wege	54 661 600	- 10 724 900	37 000	43 899 700

Florian Utz (SP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück. Damit ist dem Antrag der Minderheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 060.

Wortmeldungen siehe Antrag 059.

S. 248	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT			
	3515	Tiefbauamt			
		Diverse Konten			
		Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
060.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2019 inkl. Nachtrag		Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident
		134 700		Mehrheit	Raphaël Tschanz (FDP) Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
				Enthaltung	Walter Angst (AL), Peter Schick (SVP)
				Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
		Begründung: Kein Präjudiz gegen eine Lärmsanierung an der Quelle (Tempo 30); Streichung der Projekte gemäss nachfolgender Tabelle			

3515 Tiefbauamt		Budget bisher	November- brief	Ver- besserung	Budget neu
Binzmühlestrasse, Abschnitt Kugeliloo- bis Seeba- cherstrasse					
510901/501000000	Erneuerungsunterhalt von Fuss- gängeranlagen: Sammelkonto// Strassen/Verkehrswege	15 182 500	0	21 000	15 161 500
513901/501000000	Erneuerungsunterhalt von Strassen: Sammelkonto//Strassen/Verk'wege	54 661 600	- 10 724 900	106 700	43 830 000
515000/501000000	Bau von Radfahreranlagen: Sammel- konto//Strassen/Verkehrswege	12 257 000	- 4 911 300	7 000	7 338 700
	Total	82 101 100	- 15 636 200	134 700	66 330 200

Florian Utz (SP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück. Damit ist dem Antrag der Minderheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 061.

Wortmeldungen siehe Antrag 059.

S. 248	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT			
	3515	Tiefbauamt			
		Diverse Konten			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
061.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2019 inkl. Nachtrag		Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident
		2 574 000		Mehrheit	Raphaël Tschanz (FDP) Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
				Enthaltung	Walter Angst (AL), Peter Schick (SVP)
				Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
Begründung: Kein Präjudiz gegen eine Lärmsanierung an der Quelle (Tempo 30); Streichung der Projekte gemäss nachfolgender Tabelle					

3515 Tiefbauamt		Budget bisher	November- brief	Ver- besserung	Budget neu
Gutstrasse, Abschnitt Birmensdorfer- bis Schaufelbergerstrasse					
514698/501000000	Erneuerungsunterhalt von Strassen: Gutstrasse//Strassen/Verk'wege	0	2 497 700	2 497 700	0
515000/501000000	Bau von Radfahranlagen: Sammelkonto//Strassen/Verkehrswege	12 257 000	- 4 911 300	76 300	7 269 400
	Total	12 257 000	- 2 413 600	2 574 000	7 269 400

Florian Utz (SP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück. Damit ist dem Antrag der Minderheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 062.

Wortmeldungen siehe Antrag 059.

S. 248	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT			
	3515	Tiefbauamt			
		Diverse Konten			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
062.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2019 inkl. Nachtrag		Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident
		104 600		Mehrheit	Raphaël Tschanz (FDP) Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
				Enthaltung	Walter Angst (AL), Peter Schick (SVP)
				Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
Begründung: Kein Präjudiz gegen eine Lärmsanierung an der Quelle (Tempo 30); Streichung der Projekte gemäss nachfolgender Tabelle					

3515 Tiefbauamt		Budget bisher	November- brief	Ver- besserung	Budget neu
Gutstrasse, Abschnitt Schaufelberger- bis Albisrieder- strasse					
510901/501000000	Erneuerungsunterhalt von Fuss- gängeranlagen: Sammelkonto// Strassen/Verkehrswege	15 182 500	0	21 500	15 161 000
512001/501000000	Erneuerungsunterhalt von Radfahrer- anlagen: Sammelkonto//Strassen/ Verkehrswege	3 619 200	0	6 500	3 612 700
513901/501000000	Erneuerungsunterhalt von Strassen: Sammelkonto//Strassen/Verk'wege	54 661 600	- 10 724 900	70 100	43 866 600
515000/501000000	Bau von Radfahreranlagen: Sammel- konto//Strassen/Verkehrswege	12 257 000	- 4 911 300	6 500	7 339 200
	Total	85 720 300	- 15 636 200	104 600	69 979 500

Florian Utz (SP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück. Damit ist dem Antrag der Minderheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 063.

Wortmeldungen siehe Antrag 059.

S. 248 **35**
3515

TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT **Tiefbauamt** **Diverse Konten**

		Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
063.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2019 inkl. Nachtrag		Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP)
		241 200		Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
				Enthaltung	Walter Angst (AL), Peter Schick (SVP)
				Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)

Begründung: Kein Präjudiz gegen eine Lärmsanierung an der Quelle (Tempo 30);
Streichung der Projekte gemäss nachfolgender Tabelle

3515 Tiefbauamt		Budget bisher	November- brief	Ver- besserung	Budget neu
Kalkbreitestrasse, Abschnitt Aemtier- bis Zentralstras- se					
510901/501000000	Erneuerungsunterhalt von Fuss- gängeranlagen: Sammelkonto// Strassen/Verkehrswege	15 182 500	0	58 400	15 124 100
513901/501000000	Erneuerungsunterhalt von Strassen: Sammelkonto//Strassen/Verk'wege	54 661 600	- 10 724 900	119 600	43 817 100
515000/501000000	Bau von Radfahreranlagen: Sammel- konto//Strassen/Verkehrswege	12 257 000	- 4 911 300	63 200	7 282 500
	Total	82 101 100	- 15 636 200	241 200	66 223 700

Florian Utz (SP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück. Damit ist dem Antrag der Minderheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 064.

Wortmeldungen siehe Antrag 059.

S. 248	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT			
	3515	Tiefbauamt			
		Diverse Konten			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
064.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2019 inkl. Nachtrag		Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP)
		159 800		Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
				Enthaltung	Walter Angst (AL), Peter Schick (SVP)
				Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
Begründung: Kein Präjudiz gegen eine Lärmsanierung an der Quelle (Tempo 30); Streichung der Projekte gemäss nachfolgender Tabelle					

3515 Tiefbauamt		Budget bisher	November- brief	Ver- besserung	Budget neu
Letzigraben, Abschnitt Triemlistrasse bis Langhagweg					
510101/501000000	Bau von Fussgängeranlagen: Sammelkonto//Strassen/Verk'wege	8 686 300	- 958 900	17 300	7 710 100
513000/501000000	Bau von Strassen: Sammelkonto//Strassen/Verkehrswege	10 533 700	0	46 900	10 486 800
513901/501000000	Erneuerungsunterhalt von Strassen: Sammelkonto//Strassen/Verk'wege	54 661 600	- 10 724 900	75 600	43 861 100
515000/501000000	Bau von Radfahreranlagen: Sammelkonto//Strassen/Verkehrswege	12 257 000	- 4 911 300	20 000	7 325 700
	Total	86 138 600	- 16 595 100	159 800	69 383 700

Florian Utz (SP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück. Damit ist dem Antrag der Minderheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 065.

Wortmeldungen siehe Antrag 059.

S. 248	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT			
	3515	Tiefbauamt			
		Diverse Konten			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
065.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2019 inkl. Nachtrag		Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP)
		260 800		Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
				Enthaltung	Walter Angst (AL), Peter Schick (SVP)
				Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)

Begründung: Kein Präjudiz gegen eine Lärmsanierung an der Quelle (Tempo 30);
Streichung der Projekte gemäss nachfolgender Tabelle

3515 Tiefbauamt		Budget bisher	November- brief	Ver- besserung	Budget neu
Schweighofstrasse, Abschnitt Bachtobel- bis Friesenbergstrasse					
510101/501000000	Bau von Fussgängeranlagen: Sammelkonto//Strassen/Verkehrswege	8 686 300	- 958 900	7 400	7 720 000
510901/501000000	Erneuerungsunterhalt von Fussgängeranlagen: Sammelkonto//Strassen/Verkehrswege	15 182 500	0	56 900	15 125 600
512001/501000000	Erneuerungsunterhalt von Radfahreranlagen: Sammelkonto//Strassen/Verkehrswege	3 619 200	0	14 000	3 605 200
513000/501000000	Bau von Strassen: Sammelkonto//Strassen/Verkehrswege	10 533 700	0	28 900	10 504 800
513801/501000000	Lärmschutzmassnahmen bei Strassen//Strassen/Verk'wege	14 513 100	- 4 000 000	99 400	10 413 700
513901/501000000	Erneuerungsunterhalt von Strassen: Sammelkonto//Strassen/Verk'wege	54 661 600	- 10 724 900	40 200	43 896 500
515000/501000000	Bau von Radfahreranlagen: Sammelkonto//Strassen/Verkehrswege	12 257 000	- 4 911 300	14 000	7 331 700
Total		119 453 400	- 20 595 100	260 800	98 597 500

Florian Utz (SP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück. Damit ist dem Antrag der Minderheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 066.

Wortmeldungen siehe Antrag 059.

S. 248 **35**
3515

TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT **Tiefbauamt** **Diverse Konten**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
066.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2019 inkl. Nachtrag		Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident
		2 015 900		Mehrheit	Raphaël Tschanz (FDP) Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
				Enthaltung	Walter Angst (AL), Peter Schick (SVP)
				Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)

Begründung: Kein Präjudiz gegen eine Lärmsanierung an der Quelle (Tempo 30);
Streichung der Projekte gemäss nachfolgender Tabelle

3515 Tiefbauamt		Budget bisher	November- brief	Ver- besserung	Budget neu
Sihlquai, Abschnitt Limmat- bis Gasometerstrasse					
513901/501000000	Erneuerungsunterhalt von Strassen: Sammelkonto//Strassen/Verk'wege	54 661 600	- 10 724 900	1 747 100	42 189 600
515000/501000000	Bau von Radfahranlagen: Sammelkonto//Strassen/Verkehrswege	12 257 000	- 4 911 300	268 800	7 076 900
	Total	66 918 600	- 15 636 200	2 015 900	49 266 500

Florian Utz (SP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück. Damit ist dem Antrag der Minderheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 067.

Wortmeldungen siehe Antrag 059.

S. 248	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT			
	3515	Tiefbauamt			
		Diverse Konten			
		Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
067.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2019 inkl. Nachtrag		Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP)
		574 700		Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
				Enthaltung	Walter Angst (AL), Peter Schick (SVP)
				Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
		Begründung: Kein Präjudiz gegen eine Lärmsanierung an der Quelle (Tempo 30); Streichung der Projekte gemäss nachfolgender Tabelle			

3515 Tiefbauamt		Budget bisher	November- brief	Ver- besserung	Budget neu
Triemlistrasse, Abschnitt In der Ey bis Birmens- dorferstrasse 511					
510901/501000000	Erneuerungsunterhalt von Fussgän- geranlagen: Sammelkonto// Stras- sen/Verkehrswege	15 182 500	0	33 700	15 148 800
512001/501000000	Erneuerungsunterhalt von Radfah- reranlagen: Sammelkonto//Strassen/ Verkehrswege	3 619 200	0	38 000	3 581 200
513901/501000000	Erneuerungsunterhalt von Strassen: Sammelkonto//Strassen/Verk'wege	54 661 600	- 10 724 900	415 200	43 521 500
515000/501000000	Bau von Radfahranlagen: Sammelkonto//Strassen/Verkehrswege	12 257 000	- 4 911 300	87 800	7 257 900
	Total	85 720 300	- 15 636 200	574 700	69 509 400

Florian Utz (SP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück. Damit ist dem Antrag der Minderheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 068.

Wortmeldungen siehe Antrag 059.

S. 248	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT			
	3515	Tiefbauamt			
		Diverse Konten			
		Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
068.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2019 inkl. Nachtrag		Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident
		1 040 000		Mehrheit	Raphaël Tschanz (FDP) Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
				Enthaltung	Walter Angst (AL), Peter Schick (SVP)
				Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
		Begründung:	Kein Präjudiz gegen eine Lärmsanierung an der Quelle (Tempo 30); Streichung der Projekte gemäss nachfolgender Tabelle		

3515 Tiefbauamt		Budget bisher	November- brief	Ver- besserung	Budget neu
Uetlibergstrasse, Abschnitt Haldenstrasse bis Ma- nesseplatz					
510901/501000000	Erneuerungsunterhalt von Fuss- gängeranlagen: Sammelkonto// Strassen/Verkehrswege	15 182 500	0	228 000	14 954 500
513801/501000000	Lärmschutzmassnahmen bei Stras- sen//Strassen/Verk'wege	14 513 100	- 4 000 000	188 800	10 324 300
513901/501000000	Erneuerungsunterhalt von Strassen: Sammelkonto//Strassen/Verk'wege	54 661 600	- 10 724 900	527 000	43 409 700
515000/501000000	Bau von Radfahreranlagen: Sammel- konto//Strassen/Verkehrswege	12 257 000	- 4 911 300	96 200	7 249 500
	Total	96 614 200	- 19 636 200	1 040 000	75 938 000

Florian Utz (SP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück. Damit ist dem Antrag der Minderheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 069.

Kommissionsmehrheit:

Florian Utz (SP): Dieses Projekt kann man auch im Rahmen der zum gleichen Thema anstehenden Motion behandeln. Entsprechend ziehen wir den Antrag zurück.

S. 248	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT
	3515	Tiefbauamt
	513901 /	Erneuerungsunterhalt von Strassen: Sammelkonto / Strassen/Verkehrswege
	5010 00 000	

		Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
069.	Antrag Stadtrat			54 661 600	Minderheit
				-10 724 900	
				N	
					Severin Pflüger (FDP)
					Referent, Präsident
					Raphaël Tschanz (FDP),
					Peter Schick (SVP)

10 000	43 926 700	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
		Enthaltung	Walter Angst (AL)
		Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
Begründung: Projekt «Hottinger- und Asylstrasse» muss überarbeitet werden (derzeit ungenügende bzw. fehlende Velostreifen, ungenügende Querung für Zufussgehende, nur bedingt behindertengerecht, ungenügende Gestaltung und Einbindung Quartierzentrum)			

Florian Utz (SP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück. Damit ist dem Antrag der Minderheit stillschweigend zugestimmt.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 070. und 071. (Postulat GR Nr. 2018/461).

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Res Marti (Grüne): Der Hubertus ist quasi das Central von Albisrieden. Dort treffen sich fünf Strassen, eine Tram- und eine Buslinie auf einer Kreuzung. Die Komplexität ist hoch, wenn auch nicht gleich hoch wie am richtigen Central. Unserer Meinung nach wurde bei der Ausarbeitung des vorliegenden Projekts zu wenig Fantasie walten gelassen. Man hat es nicht geschafft, die Haltestelle behindertengerecht zu gestalten, weil man am Status Quo nicht wirklich etwas ändern wollte. Mögliche Ideen wären: Den Linksabbieger bereits von Anfang an auf die andere Seite der Tramhaltestelle zu verschieben, die Tramhaltestelle stadtauswärts gänzlich auf eine Seite zu verschieben – mit oder ohne Kap-Haltestelle oder Weiterführung der Seitenlage bis zur Siemens oder die Tramhaltestelle könnte weiter in Richtung Innenstadt verschoben werden. Es gibt also viele Ideen, wie man dort mehr Platz schaffen und die Tramlinien begradigen könnte, so dass für Behinderte eine bessere Situation geschaffen würde. Es gäbe auch mehr Platz, um zu leben und nicht nur um zu fahren.

Sebastian Vogel (FDP): Wir lehnen Antrag und das Postulat aus zwei Gründen ab. Erstens priorisieren wir mit dem bestehenden Projekt den öffentlichen Verkehr und stellen die Gesamt-Leistungsfähigkeit des Verkehrssystems sicher. Das Strassennetz im Raum Albisriederplatz/Hubertus ist bereits stark überlastet. Damit der ÖV ohne grosse Verlustzeiten passieren kann, ist einer hoher Anteil Eigentrassierung nötig. Eine Kap-Haltestelle reduziert die Gesamt-Leistungsfähigkeit und erhöht den Druck auf die bereits überlasteten Stauräume. Zweitens sind die Platzverhältnisse am Hubertus durch Bauungen stark eingeschränkt – nicht zuletzt durch die denkmalgeschützte Liegenschaft Letzigraben 101. Zudem liegt die Haltestelle Hubertus in einer Kurve. Durchgehend hohe Haltekanten sind nicht möglich, weil die Anfahtrsggeraden zu wenig lang sind. Deshalb sind Teil-Erhöhlungen projektiviert. Auf diese Weise wird die Behindertengerechtigkeit mit verhältnismässigen Mitteln fristgerecht umgesetzt.

Hans Jörg Käppeli (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 628/2018): Die Ausführungen von Res Marti (Grüne) müssen nicht weiter ergänzt werden, da wir die Vorstösse gemeinsam erarbeitet haben.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Richard Wolff: Wir bitten Sie, Antrag und Postulat abzulehnen. Angesichts der Rahmenbedingungen, bestehend aus ÖV, MIV, Aufenthaltsqualität und so weiter, ist das ein gutes Projekt. Es ist auch behindertengerecht – zwar nicht auf der ganzen Länge, aber dies ist auch nicht zwingend notwendig. Man darf die Behindertengerechtigkeit auch bloss bei einzelnen Türen herstellen, um die ganze Haltestelle als behindertengerecht zu bezeichnen.

Weitere Wortmeldungen:

Stephan Iten (SVP): Für das vorliegende Projekt gab es eine Planaufgabe nach dem Strassenbauprojekt 2013. Danach folgte ein Bericht zu den nicht berücksichtigten Einwendungen. Danach gab es eine weitere Planaufgabe, auf die Direktbetroffene mit Einsprachen hätten reagieren können. Bei den Einwendungen ging es aber ausschliesslich um das Velo und niemand machte Einwendungen wegen einer angeblich nicht behindertengerechten Haltestation. So wie es aussieht, taten dies nicht einmal die Behindertenorganisationen. Es ist also absolut unverständlich, warum ihr jetzt ein neues Projekt mit Züriboards und durchgehend hohen Haltekanten, die angeblich noch behindertenfreundlicher sein sollen als das bereits Geplante, verlangt. Eine Neuprojektierung über das Budget zu verlangen, ist typisch links. Aber nur weil man eine Mehrheit hat, ändert man nicht einfach die Spielregeln. Ich möchte daran erinnern, dass Sven Sobernheim (GLP), Hans Jörg Käppeli (SP) und ich nach der Planaufgabe der Freystrasse völlig unzufrieden waren. Als ich dies in der Kommission anmeldete, wurde ich aufgefordert, eine Einwendung zu machen. Also wenn ich das muss, dann bitte ich Sie, sich ebenfalls daran zu halten. Das Postulat, das auch von der GLP unterschrieben ist, bemängelt, die Haltestelleninsel sei zu breit geplant. Aber wenn sie schmaler ist, wird sich Sven Sobernheim (GLP) beschweren, man könne den Rollstuhl darauf nicht mehr wenden. Weiter braucht es auf der Gutstrasse zwei Fahrspuren: Eine zum Rechts- und eine zum Linksabbiegen. Erstens handelt es sich um eine überkommunale Strasse, die ihr nicht auf eine Fahrspur reduzieren könnte. Zweitens behindert eine Reduktion auf eine Spur nicht nur den MIV, sondern auch den Bus. Zum Vorschlag, die Bushaltestelle mit den Parkplätzen zu tauschen: Wenn der Bus den Velostreifen kreuzen muss anstelle des Parkplatzes, ist das weniger sicher. Aus all diesen Gründen würde dieses Postulat genau das Gegenteil dessen erreichen, was die Postulanten erreichen möchten. Wir lehnen das Postulat und den Kürzungsantrag deshalb ab.

Claudia Rabelbauer (EVP): Die EVP lehnt den Kürzungsantrag und das Postulat ab und bittet um deren Rückzug. Es ist nicht sinnvoll, wenn der ÖV im Stau steht – und Kap-Haltestellen führen nun einmal zu Rückstau. Das Projekt ist auch verhältnismässig behindertengerecht.

Res Marti (Grüne): Wir fordern nicht explizit eine Kap-Haltestelle – es gibt noch etliche andere Ideen, wie etwa den Linksabbieger schon vor der Tramhaltestelle auf die entsprechende Seite zu verschieben. Das würde keine Kapazitätsreduktion bedeuten, sondern einfach eine Verlagerung der Tramhaltestelle, womit das Projekt behindertengerecht würde.

S. 248	35 3515 513901 / 5010 00 000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT			
		Tiefbauamt			
		Erneuerungsunterhalt von Strassen: Sammelkonto / Strassen/Verkehrswege			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
070.	Antrag Stadtrat			54 661 600	Minderheit
				-10 724 900	
				N	
					Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Peter Schick (SVP)

10 000	43 926 700	Mehrheit	Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
		Enthaltung	Walter Angst (AL)
		Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
Begründung:	Projekt «Albisriederstrasse: Hubertus bis Albisranks» muss überarbeitet werden (zu kurze Tramhaltestelle, nur bedingt behindertengerecht, Lücken bei Velostreifen)		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 39 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

700. 2018/461

**Postulat der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 28.11.2018:
Bauprojekt am Hubertus, behindertengerechte Umsetzung sowie Verbesserung der Aufenthaltsqualität**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Hans Jörg Käppeli (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 628/2018).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2018/351, Beschluss-Nr. 692/2018, Antrag Nr. 071.

Das Postulat wird mit 81 gegen 38 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Antrag 072.

Kommissionsreferent:

Walter Angst (AL): Das Projekt Luggwegstrasse kann als einziges nur mit baulichen Massnahmen in eine Tempo-30-Strasse umgewandelt werden. Mit diesem Antrag wird das Tiefbauamt aufgefordert, abzuklären, was überhaupt umsetzbar ist. Dass es deswegen auch zu einer Tempo-30-Zone kommt, ist also unwahrscheinlich. Es wäre zwar schön, aus dieser Strasse eine Begegnungszone zu machen, aber die Chancen dafür sind gering. Die Mehrheit der RPK möchte mit einem zusätzlichen Kredit das Tiefbauamt auffordern, diese Abklärungen zu machen – unter anderem, weil das Strassenbauprojekt unbestritten ist. Ich bitte Sie, dieser Verschlechterung zuzustimmen.

S. 250	35 3515 513901 / 5010 00 000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Erneuerungsunterhalt von Strassen: Sammelkonto / Strassen/Verkehrswege				
		Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag		Stimmen
072.	Antrag Stadtrat			54 661 600 -10 724 900 N 100 000		
				44 036 700	Zustimmung	Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
					Enthaltung	Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Peter Schick (SVP), Severin Pflüger (FDP)
					Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
		Begründung: Projekt Luggwegstrasse: Umsetzung Massnahmen Tempo 30				

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der RPK:

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 95 gegen 26 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 073.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dubravko Sinovcic (SVP): Diese experimentelle Fotovoltaikanlage haben wir das letzte Jahr bereits abgelehnt. Es gibt wesentlich wichtigere und sinnvollere Infrastrukturprojekte in der Stadt Zürich, wofür man das Geld ausgeben könnte, weshalb wir eine Ablehnung dieses Kredits fordern.

Florian Utz (SP): Das Projekt ist ein ganz kleiner Beitrag an die Energiewende. Auch wenn es nicht die Energiewende selbst darstellt, sollte man auch kleine Beiträge leisten, wenn man dies kann. Deshalb unterstützt die Mehrheit dieses Projekt.

S. 259	35 3535 511010 / 5060 00 000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Abwasser Klärwerk Werdhölzli: Neubau Fotovoltaik-Anlagen / Mobilien				
		Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag		Stimmen
073.	Antrag Stadtrat			1 160 000	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
		1 160 000		0	Minderheit Abwesend	Peter Schick (SVP) Elisabeth Liebi (SVP) Referentin Minderheit

Begründung: Verzicht auf Bau Fotovoltaik-Anlage im Werdhölzli. Es hat wichtigere und genügend andere Projekte

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 105 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 074.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Tognella (FDP): Die Rolf Bossard AG beschäftigt diesen Rat schon seit 2005. Damals kaufte man die Rolf Bossard AG, um sie vor dem Konkurs zu bewahren. Diese Odyssee ging weiter bis 2018, als man aus den Medien entnehmen konnte, dass sie in die Stadt zurück eingegliedert würde – entsprechend geht es um die erwähnten 36 Stellen. Die Rolf Bossard AG schreibt auf ihrer Website allerdings etwas von 50 Beschäftigten. Der Rechnungsschlüssel ist mir hier noch nicht klar. Klar ist für uns aber, dass man auf die nicht mehr benötigten 12 Stellen verzichtet, mit denen die Rolf Bossard AG Leistungen erbrachte, die den Privatsektor konkurrenzieren. Denn es ist nicht der Auftrag von ERZ, Private zu konkurrenzieren. Wenn man Mitarbeiter in die Stadtverwaltung integriert, die man nicht beschäftigen kann oder will, steigen die Gebühren und das würde in diesem Fall geschehen. Weiter hat der Stadtrat mit Beschluss vom 5. Dezember eine Salami-taktik gestartet: Heute wird man mal die Stellen überführen und mit dem Zusatzkredit 1 vom nächsten Jahr folgen die Assets. Dieses Vorgehen mit zwei Schritten verhindert, dass das Parlament adäquat über das Vorhaben diskutieren kann.

Florian Utz (SP): Die Mehrheit unterstützt dieses Vorgehen vom Stadtrat, das demokratisch bestens legitimiert ist, da es aus einem Gemeinderatsvorstoss entstanden ist. Wir finden es richtig, dass alle Angestellten der ERZ den gleichen Lohn haben, unabhängig davon, ob sie früher von einem Sub-Unternehmen oder beim Staat angestellt waren. Dass ERZ einmal Private bei einem Auftrag konkurrenziert könnte, ist für die RPK kein Weltuntergang.

Weitere Wortmeldungen:

Andreas Kirstein (AL): Von diesem Antrag profitiert die Arbeiterklasse tatsächlich und er ist für mich ein persönliches Highlight. Es geht hier um den Abschluss eines jahrelangen Kampfes gegen Auslagerungen und Lohn-Dumping im Auftrag und mit Segen der Stadt. Dies geschah lange unbemerkt durch das Parlament. Es brauchte das richtige Parlament, um diese Missstände zu beseitigen. Dieser Antrag ist eine Verstaatlichung in Form einer Betriebsübernahme nach Obligationenrecht Art. 333 und bei dieser ist es selbstverständlich, dass das Personal übernommen wird, wenn es nicht explizit Widerspruch einlegt. Es bedarf eines Parlaments, um dieses Vorhaben einzuleiten, aber auch eine Regierung, die diese Beschlüsse sachgerecht und schnell umsetzt. Mit STR Richard Wolff haben wir offenbar einen solchen Vertreter, der den Gesamtstadtrat überzeugen konnte. Leider können nur noch etwas über 30 Mitarbeitende übernommen werden, weil das zerstörerische Wirken des vorhergehenden Vorstehers dazu führte, dass man einen Teil der Mitarbeitenden an andere Firmen verkaufte – darunter auch eine aus Österreich.

Guido Hüni (GLP): Erst vor rund einem halben Jahr haben wir in diesem Rat eine entsprechende Motion verabschiedet. Ich finde es persönlich schwierig in der Budgetdebatte auf diesen Entscheid zurück zu kommen. Und das obwohl wir von der GLP damals

nicht für die Motion gestimmt hatten. Das taten wir, weil wir sehr wohl die betroffenen Personen integrieren wollten. Weil aber nur rund 60 Prozent der Leistungen für die Stadt erbracht wurden, hätte man unserer Meinung nach über die restlichen 40 Prozent und die entsprechenden Leute sprechen müssen. Aber wir finden es demokratiepolitisch korrekt, dass man diesen Entschluss akzeptiert.

Roger Tognella (FDP): Die zwei Drittel des Umsatzes und somit auch die zwei Drittel der Mitarbeitenden kann man sehr wohl wieder in die Stadt und als Mitarbeiter der Stadt eingliedern. Aber das letzte Drittel braucht es schlicht nicht und wenn man einen Drittel – also zwölf Mitarbeitenden – in die gebührenfinanzierte öffentliche Hand überführt, treibt man die Gebühren nach oben. 2005 sagte der damalige Stadtrat Waser, man würde die Rolf Bossard schnell wieder veräussern, was dann aber nicht geschah.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Richard Wolff: Wir übernehmen nur jene Leute, die wir brauchen. Es klingt eigenartig, wenn man sagt, man wolle die Rolf Bossard AG stellenneutral übernehmen – das würde bedeuten auf zusätzliche 30 Leute verzichten, aber deren Aufträge zu übernehmen. Zurzeit sind etwa 150 Leute in der Entsorgungslogistik angestellt. Würde man sagen, man könne diese Aufgaben ohne die Leute übernehmen, bedeutet das übersetzt, dass wir etwa 20 Prozent der jetzt angestellten Leute nicht brauchen. Das ist, wie wenn die Aktionärsversammlung der Credit Suisse der Übernahme der gesamten Raiffeisen-Gruppe zustimmt und ein paar Wochen später sagt die gleiche Aktionärsversammlung zu der Übernahme: «Ja, aber ohne Personalerhöhung.» Das wären mit dem gleichen Personal 20 Prozent mehr Aufgaben.

S. 261 35 TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT
3550 ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Abfall
3010 00 000 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
074. Antrag Stadtrat			36 394 700 Mehrheit 397 800 N	Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
	1 200 000		35 592 500 Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Peter Schick (SVP)
			Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
	Begründung: Die Einverleibung der Rolf Bossard AG hat stellenneutral zu erfolgen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 075. bis 078.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Grün Stadt Zürich musste wegen fehlender Ressourcen verschiedene Projekte verschieben, die eigentlich schon 2019 hätten angegangen werden können.

Nun wurden sie auf 2020 oder noch später verschoben. Wir glauben aber, dass die Versorgung der Bevölkerung mit Grünräumen dringlich ist. Das zeigen auch die Zahlen von Grün Stadt Zürich selbst. Im Globalbudget lässt sich nachlesen, dass 19 Prozent der Wohnbevölkerung – also jede fünfte Einwohnerin oder jeder fünfte Einwohner oder 80 000 Leute – eine ungenügende oder gar schlechte Versorgung mit Grünräumen haben. Wenn man von in der Stadt ansässigen Arbeitsstellen ausgeht, sind es sogar 43 Prozent aller Angestellten. Deshalb sollte man die Projekte, die bereits in der Pipeline sind, zeitnah umsetzen und wir wollen Grün Stadt Zürich die nötigen Mittel zugestehen.

Dubravko Sinovcic (SVP): *Wie gesagt, sind die Ressourcen von Grün Stadt Zürich beschränkt. Ich habe kein Argument gehört, warum das 2019 anders sein sollte: Grün Stadt Zürich hat die Projekte geplant, die sie mit ihren Ressourcen umsetzen kann. Es ist nicht legitim, wenn der Gemeinderat nun ein Potpourri an Wunschprojekten aufgleist. Ich erkenne auch keinen Hotspot an diesem Wirtschaftsstandort Zürich, der mit Grünräumen aufgewertet sein müsste. Ich bitte Sie deshalb, beim Antrag des Stadtrats zu bleiben.*

Weitere Wortmeldungen:

Guido Hüni (GLP): *Bei diesem Antrag geht es um zusätzliche Stellen und um Beschleunigungsmassnahmen. Wie am Mittwoch von der Ratslinken gehört, hat das Volk eine linke Regierung und ein linkes Parlament gewählt. Dies stimmt nur zum Teil, aber das Volk hat auch eine grüne Politik gewählt. Wir von den Grünliberalen setzen hier auch einen Schwerpunkt. Wir unterstützen es, wenn es darum geht, der Bevölkerung entsprechende Grün- und Aufenthaltsräume zur Verfügung zu stellen. Der entsprechende Mehrwert ist erkennbar. Dies gilt auch, wenn hier sieben dauerhafte Stellen geschaffen werden. Ich habe aus der Bevölkerung noch nie Klagen über zu viel Grünraum gehört.*

Andreas Kirstein (AL): *Wir lehnen die Anträge 75 bis 78 ab. Wir sind der Meinung, dies ist technisch nicht der richtige Ort, um eine Bestellliste für Parks und Spielplätze abzugeben. Hier geht es um eine ökonomische Gesamtsicht und Nachhaltigkeit. Wir geben aber auch offen zu, dass wir nicht unglücklich darüber sind, dass unsere Stimme hier nicht entscheidend ist.*

Felix Moser (Grüne): *Auch für die Grünen ist Fortschritt beim städtischen Grünraum wichtig. Es stimmt leider, dass hier eine Unterversorgung besteht. Einerseits gibt es eine gefühlte Unterversorgung, andererseits besteht diese auch ganz klar aus rechtlichen Gründen: In dieser Stadt gibt es für die Bevölkerung und die Arbeitsplätze zu wenig Grünflächen. Zudem hat die Stimmbevölkerung vor nicht allzu langer Zeit die Grünstadt-Initiative angenommen. Diese fordert, dass mehr Grünraum in der Stadt geschaffen wird. Insofern begrüßen wir diese Anträge sehr, so dass die bereits in der Pipeline von Grün Stadt Zürich steckenden Projekte vorgezogen werden können.*

S. 116 35
3570
PG 1

TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT
Grün Stadt Zürich
Erfolgsrechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
075. Antrag Stadtrat			39 814 800 Minderheit 1 670 000 N	Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Peter Schick (SVP), Severin Pflüger (FDP)

350 000	41 834 800	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
		Enthaltung	Walter Angst (AL)
		Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP) Referentin Minderheit
Begründung: Folgende Planungen und Umsetzungen in Angriff nehmen: Park Fabrik Am Wasser, Landschaftlicher Park Auwies, Landschaftlicher Park Kir- chenwiese Altstetten, Friedhof Sihlfeld C, Triemlifussweg, Grünzug Fron- wald Glaubten (Waldspielplatz, Wegverbindung, Erweiterung Gartenare- al), Probstei Schwamendingen (Park, Kleingartenangebote), Dreiwiesen (Erweiterungen Kleingartenareale als Ersatz) und Albisgüetli (Erweiterun- gen Kleingartenareale als Ersatz)			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 45 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 076.

Wortmeldungen siehe Antrag 075.

S. 121	35 3570 PG 2	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Grün Stadt Zürich Erfolgsrechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
076.	Antrag Stadtrat				10 517 100	Minderheit
				150 000	10 667 100	Mehrheit
						Enthaltung
						Abwesend
						Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Peter Schick (SVP), Severin Pflüger (FDP) Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP) Walter Angst (AL) Elisabeth Liebi (SVP) Referentin Minderheit
Begründung: Begründung siehe Antrag Nr. 75						

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 70 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 077.

Wortmeldungen siehe Antrag 075.

S. 129 **35** **TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT**
3570 **Grün Stadt Zürich**
PG 3 **Erfolgsrechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
077.	Antrag Stadtrat		13 856 800 Minderheit	Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Peter Schick (SVP), Severin Pflüger (FDP)
		300 000	14 156 800 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
			Enthaltung	Walter Angst (AL)
			Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP) Referentin Minderheit

Begründung: Begründung siehe Antrag Nr. 75

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 45 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 078.

Wortmeldungen siehe Antrag 075.

S. 135 **35** **TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT**
3570 **Grün Stadt Zürich**
PG 4 **Erfolgsrechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
078.	Antrag Stadtrat		5 130 100 Minderheit	Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Peter Schick (SVP), Severin Pflüger (FDP)
		750 000	5 880 100 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
			Enthaltung	Walter Angst (AL)
			Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP) Referentin Minderheit

Begründung: Begründung siehe Antrag Nr. 75

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 079.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dubravko Sinovcic (SVP): Aus unserer Sicht ist es nicht opportun, wenn jede Dienst-
abteilung das Flottenmanagement und Beschaffungswesen selbst erledigt – dies gehört
bei den entsprechenden Kompetenzzentren der Stadt konzentriert. Indem etwa ein an-
deres Departement das Flottenmanagement für Grün Stadt Zürich erledigt, könnte diese
Einsparung bei Grün Stadt Zürich stellenneutral geschehen.

Florian Utz (SP): Das Flottenmanagement ist eine dieser acht Stellen. Ich gebe zu,
über diese Stelle könnte man diskutieren, doch darum geht es bei diesem Antrag nicht.
Der Antrag umfasst unter anderem Stellen für Wildhüter und diverse andere Stellen, die
gut begründet sind und deshalb wollen wir Grün Stadt Zürich die Ressourcen geben, um
die notwendigen Projekte anzupacken. Mit den vorangehenden Anträgen haben wir ja
bereits die notwendigen Ressourcen dazu gesprochen und dazu gehören auch die Stel-
len.

Weitere Wortmeldung:

Dubravko Sinovcic (SVP): Ich habe nur Beispiele gebracht und meine Beispiele waren
bis jetzt für zwei Stellen: Die zweite Stelle ist für das Beschaffungswesen geplant. Wei-
ter sind verschiedene Projektmanager geplant, deren Aufgaben durchaus auch in ande-
ren Dienstabteilungen erledigt werden könnten. Über die zwei Wildhüter könnte man
sprechen, wenn unsere Fragen von Grün Stadt Zürich beantwortet worden wären.

S. 116 35
3570
PG 1

TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT
Grün Stadt Zürich
Erfolgsrechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo

	Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag		Stimmen
079.	Antrag Stadtrat		39 814 800 1 670 000 N	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
	1 000 000		40 484 800	Minderheit	Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Peter Schick (SVP), Severin Pflüger (FDP)
				Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP) Referentin Minderheit
	Begründung: Saldoverbesserung und Verzicht auf Schaffung von 8 Stellen				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen)
zu.

Antrag 080.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dubravko Sinovcic (SVP): Aus unserer Sicht ist es nicht opportun, diese Religionsge-
meinschaft zu bevorzugen. Sie sollen die Ausbauarbeiten und die Bewirtschaftung die-
ser Grabfelder selbst finanzieren, wie es etwa auch die jüdische Religionsgemeinschaft

macht. Deshalb beantragen wir die Streichung des Betrags und den Abbruch des Projekts und der Ausbauarbeiten.

Alan David Sangines (SP): Bei Grabfeldern geht es um die letzte Ruhe verstorbener Menschen, ein Ort an dem Hinterbliebene trauern können. Seit 2004 bestehen auf dem Friedhof Witikon zwei muslimische Grabfelder, die seit 2018 um zwei weitere Grabfelder erweitert werden. Es geht hier also um die Erweiterung um zwei Grabfelder nach 14 Jahren. Der Gemeinderat hat letztes Jahr im Budget die ersten Gelder dafür beschlossen. Die SVP lässt aber nicht locker und stellt jetzt nochmal einen Streichungsantrag, wo die Felder fast fertig sind. Man muss kein religiöser Mensch sein, um zu erkennen, dass bei der letzten Ruhe die Differenzen bei den Menschen keine Rolle mehr spielen sollten. Man muss die Bestattungsbräuche anderer Religionen nicht zwingend verstehen, sondern respektieren, dass für religiöse Menschen eine religiöse Bestattung wichtig ist.

S. 112	35 3570 55021000 / 5030 00 000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Grün Stadt Zürich Bau und Erweiterung von Friedhofanlagen: Sammelkonto / Übrige Tiefbauten				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
080.	Antrag Stadtrat			1 300 000	Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
		700 000		600 000	Minderheit Abwesend	Peter Schick (SVP) Elisabeth Liebi (SVP) Referentin Minderheit
		Begründung: Verzicht auf Ausbau Muslimgrabfeld				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 104 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

HOCHBAUDEPARTEMENT

Antrag 081.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Maria del Carmen Señorán (SVP): Bei dieser kontointernen Verrechnung von Dienstleistungen geht es um Neuverrechnungen von Leistungen der OIZ. Wir würden es begrüßen, wenn das OIZ und das HBD schnellstmöglich eine Lösung für den Speicherbedarf finden würden. Deshalb glauben wir, dass auch nur die effektiven Kosten budgetiert werden sollten. Wir wollen das Budget um den Betrag der OIZ nicht erhöhen.

Felix Moser (Grüne): Bei diesem Konto geht es unter anderem um OIZ und um Speicherbedarf. Allerdings kann OIZ seit kurzem relativ genau auf die einzelnen Dienstabtei-

lungen ausweisen, wer diesen Speicherbedarf hat. Deshalb muss das Sekretariat des Hochbaudepartements im Verhältnis mehr Kosten übernehmen, weil es eben einen solch hohen Speicherbedarf hat.

S. 285	40 4000 3910 00 000	HOCHBAUDEPARTEMENT Hochbaudepartement Departementssekretariat Interne Verrechnung von Dienstleistungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
081.	Antrag Stadtrat				3 350 900 Mehrheit	Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
			659 400		2 691 500 Minderheit	Peter Schick (SVP) Referent
					Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
		Begründung:	Nur effektiven Kostenanstieg			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 082.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Andri Silberschmidt (FDP): Hier geht es um einen Stellenausbau im HR, der bereits erfolgte. Wir sind aber der Meinung, dass das bestehende HR ausreicht, um die entsprechenden Aufgaben zu erfüllen. Dementsprechend sollte das Budget um den Betrag dieser geschaffenen Stelle reduziert werden.

Felix Moser (Grüne): Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass die Fortsetzung dieser befristeten Stelle gerechtfertigt ist. Es gibt rund 120 bis 130 Mitarbeitende im HBD, verteilt auf 87 Stellenwerte und dafür sind rund eineinhalb Stellen im HR gerechtfertigt.

S. 287	40 4015 3010 00 000	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Städtebau Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
082.	Antrag Stadtrat				11 720 200 Mehrheit	Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
			80 000		11 640 200 Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Walter Angst (AL), Peter Schick (SVP)
					Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
		Begründung:	Keine Schaffung von einer neuen Stelle, Vergleichswerte aus anderen Firmen zeigen, dass HR Abdeckung ausreichend ist			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 39 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 083.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Patrick Hadi Huber (SP): Der kommunale Richtplan für Siedlung, Landschaft und öffentliche Bauten (SLÖBA), wie auch der kommunale Verkehrsrichtplan sollten im Geoinformationssystem (GIS) dargestellt werden. Bei diesen Plänen handelt es sich um zwei wichtige und verbindliche Behördenfestsetzungen. Für diese Planvorlagen sollte es eine Möglichkeit geben, sie in einem Gesamt-Zusammenhang darzustellen. Das GIS lässt genau eine solche Darstellung zu. Als Beispiel für diese Notwendigkeit seien die Fussverbindungen zwischen den Parks und die Parks selber erwähnt: Während erstere im Verkehrsrichtplan aufgeführt sind, finden sich zweitere im SLÖBA. Erst mit einer gemeinsamen Darstellung kann man erkennen, wie diese Systeme zusammenwirken. Im öffentlichen GIS kann sich auch die interessierte Bevölkerung über die Zusammenhänge beim Richtplan informieren und wir können in der Beratung den Zusammenhang der Pläne visualisieren und entsprechend für effiziente Fraktions-, Kommissions- und Ratsarbeit nutzen. Wir sollten hier die Möglichkeiten der Digitalisierung zur Effizienzsteigerung nutzen.

Maria del Carmen Señorán (SVP): Die Minderheit findet die Idee mit dem GIS grundsätzlich gut und ist auch für die Digitalisierung. Wir teilen aber auch die Meinung des Stadtrates, dass die bestehenden 30 000 Franken ausreichen müssten, weshalb wir den Antrag ablehnen.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): Wir haben den Antrag falsch interpretiert. Wir gingen davon aus, dass man voreilig handelte. Aber primär geht es hier darum, die Aufarbeitung für die Kommissionsarbeit zu gewährleisten und eine Effizienz- und Qualitätssteigerung zu erreichen. Längerfristig besteht auch die Hoffnung, dass wir unsere eigenen Kosten reduzieren können. Deshalb wechseln wir ins Lager der Mehrheit und unterstützen den Antrag.

S. 288 **40** **HOCHBAUDEPARTEMENT**
 4015 **Amt für Städtebau**
 3118 00 000 **Anschaffung immaterielle Anlagen**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
083.	Antrag Stadtrat			30 000	Minderheit	Peter Schick (SVP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP)
			20 000	50 000	Mehrheit	Dorothea Frei (SP) Referentin, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
					Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
	Begründung:	Umfassende Darstellung der stadträtlichen Vorlage zum kommunalen Siedlungsrichtplan und zum kommunalen Richtplan Verkehr im Geoinformationssystem (GIS)				

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 39 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 084.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Maria del Carmen Señorán (SVP): Hier geht es um eine interne Verrechnung von Pacht-, Miet- und Benützungskosten. Unter anderem geht es um Lagerflächen für archäologische Funde, die unserer Meinung nach ausserhalb der Stadt günstiger gelagert werden können. Als Beispiel sei die freie Fläche im Airgate genannt. Die SVP möchte deshalb das Budget um 88 500 Franken kürzen.

Felix Moser (Grüne): Es geht bei diesem Antrag nicht nur um die Lagerfläche, sondern auch um die Arbeitsplätze jener, die diese Funde im Fraumünster bearbeiten. Es wäre ein Novum, diese Arbeitsplätze in umliegenden Gemeinden zu platzieren, weil dort die Mieten günstiger sind. Vielmehr sollte das Problem an der Ursache bekämpft werden und man sollte sich dafür einsetzen, dass die Mieten in der Stadt sinken. Dafür wurden auch schon Möglichkeiten angedacht, wie etwa günstigere Gewerberäume. Sonst käme man auch auf die Idee, das Parlament auszulagern und es ausserhalb der Stadt tagen zu lassen, was sicher auch günstiger wäre als im Rathaus.

S. 289	40	HOCHBAUDEPARTEMENT				
	4015	Amt für Städtebau				
	3920 00 000	Interne Verrechnung von Pacht, Mieten, Benützungskosten				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
084.	Antrag Stadtrat				2 437 800 Mehrheit	Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
			88 500		2 349 300 Minderheit	Peter Schick (SVP) Referent
					Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
		Begründung:	Günstige Standorte ausserhalb Stadt Zürich			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 085.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Thomas Schwendener (SVP): Hier geht es um die Schaffung weiterer Stellen im Wert

von 369 500 Franken in dessen Umfang wir das Budget verbessern wollen. Wir sind der Meinung, es bräuchte erst eine Prozessoptimierung bevor weitere Stellen geschaffen werden.

Felix Moser (Grüne): Bei diesen Mehrstellen geht es im Amt für Hochbauten zum Beispiel um Planungsstellen für neue Gebäude wie etwa Schulhäuser. Es ist vermutlich nicht der richtige Weg, zu sagen, man könne noch viel mehr Schulhäuser mit den bestehenden Stellen bauen. So einfach ist das nicht. Der Antrag ist unüberlegt und ich bitte Sie deshalb, mit der Mehrheit zu stimmen.

Weitere Wortmeldungen:

Dr Ann-Catherine Nabholz (GLP): Wir wechseln auch hier in die Mehrheit. Zürich wächst auch hinsichtlich städtischer Bauten. Diese Herausforderung kann man nicht problemlos mit bestehendem Personal, one-size-fits-all-Lösungen oder Optimierungen auffangen.

Walter Angst (AL): Auch die AL wechselt in die Mehrheit. Dies, weil vom Hochbaudepartement signalisiert wurde, dass die Prozesse bereits optimiert wurden. Dadurch können insbesondere die Schulbauten innert kürzerer Zeit realisiert werden, so dass eventuell der Personalaufwand mittelfristig reduziert werden kann. Uns ist wichtig, dass diese Beschleunigung kommt, weshalb wir diese Stellen schaffen wollen.

S. 290	40	HOCHBAUDEPARTEMENT				
	4020	Amt für Hochbauten				
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
085.	Antrag Stadtrat				16 965 200	Mehrheit
			369 500		16 595 700	Minderheit
						Enthaltung
						Abwesend
			Begründung: Keine Mehrstellen, mit bestehendem Personal Arbeiten erledigen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 086.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Thomas Schwendener (SVP): Wir wollen um 51 800 Franken zurückgehen auf das Budget 2018. Diese Einsparung sollte möglich sein, da es sich um nicht einmal 10 Prozent des ganzen Brockens handelt.

Felix Moser (Grüne): Thomas Schwendener (SVP) hat zu der Begründung «Mehrfachnutzung der Arbeitsplätze» nichts gesagt. Es handelt es sich hierbei um Vollzeitstellen,

ich verstehe nicht, wie man diese mehrfach nutzen will. Es ist schwierig, hier Geld einzusparen, weshalb ich Sie bitte, mit dem Stadtrat zu stimmen.

Weitere Wortmeldung:

Walter Angst (AL): Gerade in der IMMO läuft ein Projekt, das die Arbeitsplatznutzung pro Mitarbeiter massiv erhöht. Hier kann es schnell eng werden. Ich hoffe, man setzt dieses mit Augenmass und in Zusammenarbeit mit dem VPOD um. Die Verdichtungsplanung ist anspruchsvoll und ambitiös. Angeblich soll in der engeren Verwaltung mehr als ein Vollzeitäquivalent pro Arbeitsplatz realisiert werden, darum halte ich den Antrag für voreilig.

S. 291	40	HOCHBAUDEPARTEMENT				
	4020	Amt für Hochbauten				
	3920 00 000	Interne Verrechnung von Pacht, Mieten, Benützungskosten				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
086.	Antrag Stadtrat				2 025 200 Mehrheit	Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
			51 800		1 973 400 Minderheit	Peter Schick (SVP) Referent
					Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
			Begründung: Zurück auf Budget 2018, Mehrfachnutzung der Arbeitsplätze			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 087.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Andri Silberschmidt (FDP): Mit diesem Antrag soll eine Schlaumeierei ausgebessert werden. Und zwar wurden hier Stellen von einer Kostenstelle zur anderen verschoben, ohne auf der einen den Betrag entsprechend zu reduzieren. Wir wollen mit diesem Antrag bei dieser Stellenverschiebung Budgetneutralität erreichen.

Felix Moser (Grüne): Es geht hier eben um eine Stellenverschiebung und nicht um eine -erhöhung, wie im Antrag begründet. Deshalb bittet die RPK Sie, mit dem Stadtrat zu stimmen.

S. 293 **40**
4035
3010 00 000

HOCHBAUDEPARTEMENT
Amt für Baubewilligungen
Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
087. Antrag Stadtrat			8 131 400 Mehrheit	Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
	23 000		8 108 400 Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Peter Schick (SVP)
			Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
	Begründung: Stellenerhöhung bei zunehmender Effizienzsteigerung nicht nachvollziehbar			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 088.

Kommissionsreferent:

Walter Angst (AL): Wir stimmten am Anfang der Budgetdebatte für die Anpassung der Planung von Schulraumbauten. Dementsprechend soll dieser Antrag zur deren Umsetzung beitragen. Es soll eine Stelle ins Schulamt übertragen werden, die eigentlich in der IMMO geschaffen werden sollte, um diese zusätzliche Koordinationsaufgaben bewältigen zu können. STR Filippo Leutenegger ist – vermute ich – noch etwas unsicher, ob er es nicht doch mit dem bestehenden Personal schaffen möchte. Für mich ist eine seriöse Planung und Koordination wichtig, wofür die nötigen Personalressourcen geschaffen gehören. Das sollte zu einer schnelleren und zeitgerechten Erstellung der Schulraumbauten führen.

S. 295 **40**
4040
3010 00 000

HOCHBAUDEPARTEMENT
Immobilien Stadt Zürich
Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
088. Antrag Stadtrat			33 942 500
	100 000		33 842 500

S. 328 **50**
5000
3010 00 000

SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT
Schul- und Sportdepartement Departementssekretariat
Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
Antrag Stadtrat			6 344 500	

100 000	6 444 500	Zustimmung	Walter Angst (AL) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Peter Schick (SVP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
		Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
Begründung: Übertragung von 1,0 der neu beantragten 9,8 Stellenwerte bei IMMO für «Steuerung Neubau und Kleinprojekte» im Portfolio Schul- und Sportbau- ten ins SSD (befristet), siehe Postulat GR Nr. 2018/478 (zu Finanz- und Aufgabenplan FAP)			

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 121 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 089.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Andri Silberschmidt (FDP): *Mir fiel auf, dass das Hochbaudepartement die Herausforderung der Digitalisierung aktiv angeht. Verwunderlich ist dabei, dass hier ein sehr starker Stellenausbau beantragt wird – trotz dieser Investitionen, die eigentlich Effizienzsteigerungen zur Folge haben sollten. Die FDP trägt die Lohnmassnahmen und Beförderungen des bestehenden Personals mit. Dazu gehören auch die rückwirkend geschaffenen Stellen. Trotzdem gehört das Stellenwachstum ein wenig gebremst, zumal sehr viel Geld für die Vereinfachung von Prozessen investiert wird.*

Maria del Carmen Señorán (SVP): *Andri Silberschmidt (FDP) hat das meiste schon gesagt. Wir beantragen allerdings etwas mehr als die FDP.*

Felix Moser (Grüne): *Prozessoptimierungen sind unbestritten, auch dass die internen Bauprozesse laufend optimiert werden sollen. Es ist aber ebenso unbestritten, dass in der Stadt Zürich mehr gebaut wird und immer mehr Infrastruktur entsteht – ich erwähne nochmals die Schulhäuser: Gerade vorhin haben wir eine Stelle ins Schul- und Sportdepartement verschoben. Bei diesem Stadtwachstum ist der Bedarf nach neuen Stellen wirklich dringend – gerade, weil wir in vorhergehenden Jahren auf diesem Konto Kürzungen ausgesprochen haben. Für die Mehrheit der RPK ist es klar, dass diese Stellen in diesem Jahr gesprochen werden müssen.*

Weitere Wortmeldungen:

Shaibal Roy (GLP): *Mit dem Wachstum der Stadt und den damit einhergehenden Bauten wächst das Aufgabenportfolio der IMMO. Gerade die Koordination der Besteller und das Auftreten als Eigentümervertreterin machen die Rolle der IMMO aus. Das ist unbestritten. Gleichzeitig sind bei der IMMO wenig Effizienzgewinne zu erkennen – auch wenn die Digitalisierung in dieser Aufbauphase Zeit braucht. Wir wechseln von Stimmenthaltung zur Mehrheit und investieren mit wenig Begeisterung noch einmal dieses Jahr. Für nächstes Jahr behalten wir uns aber vor, diesen Punkt genau im Auge zu behalten.*

Walter Angst (AL): *Auch die AL wechselt zur Mehrheit. Wir hatten dem Stadtrat den Auftrag erteilt, den Investitionsplafonds merklich zu erhöhen. Will man so etwas realisie-*

ren, fallen die ersten Aufwendungen bei der Planung und somit bei der IMMO an. Dieser Ausbau um neun Stellen für Objekt- und Portfoliomanager ist zwar substantiell, er gibt uns aber auch die Garantie, dass die notwendigen Koordinationsarbeiten umgesetzt werden. Jetzt, nachdem wir die Erhöhung beschlossen haben, wäre es der dümmste Moment, um bei den Stellen zu reduzieren. Auch wir gehen davon aus, dass mit dem Reorganisieren der Koordinationsprozesse das Stellenwachstum nicht gleich stark weitergeht, wie es Shaibal Roy (GLP) angedeutet hat – wir werden dann sehen, was die IMMO beantragen wird. Jetzt geht es um die Befriedigung eines Nachholbedarfs und die Realisierung des Investitionsbedarfs, den wir im Schulportfolio haben.

Stefan Urech (SVP): Es wurde mehrmals um Verständnis dafür geworben, dass diese Stadt in den letzten zehn Jahren halt gewachsen ist und dementsprechend auch die Verwaltung wachsen müsse. Wenn man die Budgets, Rechnungsbücher und Stellenwerte der letzten Jahre anschaut, sieht man: All die Dienstabteilungen sind auch gewachsen. Wir sprechen jetzt über eine Dienstabteilung, die in den letzten zehn Jahren um 25 Prozent auf diesem Lohnkonto gewachsen ist. Es ist also keineswegs so, dass mit dem gleichen Betrag wie 2018 die Verwaltung immer gleich gross bleiben würde, während die Stadt wächst.

S. 295	40	HOCHBAUDEPARTEMENT
	4040	Immobilien Stadt Zürich
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals
		Verbesserung
		Verschlechterung
		Betrag
		Stimmen
089.	Antrag Stadtrat	33 942 500 Mehrheit
		Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
	434 600	33 507 900 Minderheit 1
		Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident
	1 430 000	32 512 500 Minderheit 2
		Raphaël Tschanz (FDP)
		Peter Schick (SVP) Referent
		Enthaltung
		Walter Angst (AL), Shaibal Roy (GLP)
		Abwesend
		Elisabeth Liebi (SVP)
	Begründung:	FDP: Nachträglich geschaffene Stellen und Lohnmassnahmen werden mitgetragen, aber ein erneuter Ausbau der Stellen ist nicht nachvollziehbar;
		SVP: Zurück auf Budget 2018

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(33 942 500)	83 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(33 507 900)	22 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(32 512 500)	<u>16 Stimmen</u>
Total		121 Stimmen
= absolutes Mehr		61 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 090.

S. 297 **40**
4040
3910 00 000

HOCHBAUDEPARTEMENT
Immobilien Stadt Zürich
Interne Verrechnung von Dienstleistungen

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
090.	Antrag Stadtrat			15 540 900 Mehrheit	Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
		666 800		14 874 100 Minderheit	Peter Schick (SVP) Referent
				Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
	Begründung: Zurück auf Budget 2018				

Peter Schick (SVP) zieht namens der SVP-Fraktion den Antrag der Minderheit zurück. Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 091.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Hier geht es um die WCs des Letzigrunds. Das Sportamt hat beim Hochbaudepartement eine neue Sektorentrennung in Auftrag gegeben, bei der die Südkurve in eine Südost- und eine Südwestkurve getrennt werden sollte. Dafür bräuchte es nicht nur neue Zäune, sondern auch neue WCs. Heute gibt es bereits mehr als genügend WCs, aber diese wären mit der Sektorentrennung nur noch von der Südwestseite zugänglich, darum bräuchte es neue. Im Letzigrund gibt es innerhalb der Südkurve keine Probleme wie etwa Schlägereien. Der Gemeinderat hatte den Bau dieser WCs bereits letztes Jahr gestrichen, trotzdem hat man diesen Bau nochmals beantragt. Die Mehrheit des Gemeinderates hält das immer noch für zum Fenster hinausgeworfenes Geld und beantragt deshalb nochmals die Streichung und hofft, dass dies für nächstes Jahr akzeptiert wird.

Severin Pflüger (FDP): Es kann ja sein, dass die Sicherheit in einem neuen Stadion besser zu gewährleisten sein wird als im Letzigrund. Leider dauert es noch knapp zwei Jahre, bis dieses Stadion steht. Bis dorthin muss das Letzigrund so gebaut sein, dass es gut betrieben werden kann. Es gibt gute Gründe, die Südkurve zu trennen: Zum Beispiel, wie viele Fans wir gleichzeitig zum Stadion herauslassen wollen, wie viele Fans man gleichzeitig von welchen Orten hineinlässt oder wenn etwa GC gegen einen Stadt-externen Club spielt und man denen nur die Hälfte der Südkurve zugestehen will. Eine Trennung ist also durchaus gerechtfertigt. Und Hand aufs Herz: Es ist nicht so, dass wir mit den Fussballfans in Zürich keine Probleme hätten. Und wenn man ein paar dieser Probleme mit baulichen Massnahmen am Stadion lösen kann, ist das billiger als diese mit vielen Polizisten und Sicherheitskräften im und ausserhalb des Stadions zu lösen.

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): *Man kann Probleme nicht lösen, indem man Leute in Gehege sperrt.*

Stefan Urech (SVP): *Als Inhaber einer GC-Saisonkarte möchte ich mich zu Wort melden, weil angedeutet wurde, dass nicht die Südkurve sondern die Auswärtsfans an den GC-Spielen ein Problem darstellten. Wir füllen noch knapp eine halbe Tribüne und die Auswärtsfans füllen noch nicht einmal ein Pissoir, das bereits gebaut wurde. Wenn man zukünftig Hooliganismus in der Stadt mit WC-Schlüsseln bekämpfen will, kann ich nur sagen: Viel Glück.*

Luca Maggi (Grüne): *Gäste-Fans an GC-Spielen stehen dort, wo es bereits WCs hat. In der Südkurve hat es keine WCs und dort stehen keine Gäste-Fans. Diese WCs brauchen wir also gar nicht. Es gibt aber noch einen anderen Grund, der gegen diese Sektoren-Trennung spricht: Es gibt Fans, etwa bei FCZ-Heimspielen, die sich lieber setzen und solche, die lieber stehen und in der Pause trifft man sich gerne auf Wurst und Bier. Das wäre nicht mehr möglich, wenn diese beiden Sektoren getrennt würden. Hier wird also ein nicht-existentes Problem gelöst.*

S. 298	40	HOCHBAUDEPARTEMENT			
	4040	Immobilien Stadt Zürich			
	500123 /	Stadion Letzigrund: Neubau / Hochbauten			
	5040 00 000				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
091.	Antrag Stadtrat			60 000 Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP) Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Peter Schick (SVP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangi- nes (SP)
		60 000		0 Mehrheit	Elisabeth Liebi (SVP)
				Abwesend	
		Begründung:	Gemeinderatsentscheid respektieren: Verzicht auf Trennung innerhalb der Südkurve und auf Einbau von weiteren WCs		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 092. und 093.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Shaibal Roy (GLP): *Im Oktober wurde vom Stadtrat angekündigt, dass die Altersstrategie komplett überarbeitet werde. Dazu gehören auch die möglichen Wohnformen im Alter, die überdacht werden müssen. Im stationären Bereich geht etwa die Nachfrage zurück. Dies hat zur Folge, dass grosse anstehende Bauprojekte im Altersbereich sistiert wurden. Das betrifft das Alterszentrum Grünau und Oberstrass – im Gegensatz zum Neubau Eichrain, der fortgesetzt wird, weil man eine Versorgungslücke im Norden schliessen möchte. Auf beiden Konti bleibt ein Restbetrag bestehen, wobei es sich um eine Nachaktivierung von Projektierungskosten handelt. Gemäss HRM2 müssen aufge-*

laufene Projektierungskosten aus dem Vorjahr in der Erfolgsrechnung ausgewiesen werden. Deshalb kürzen wir aus diesem Antrag 300 000 Franken und aus dem nächsten Antrag 400 000 Franken.

Felix Moser (Grüne): Die Grünen sind der Meinung, dass eine Sanierung der beiden Alterszentren dringend ist, denn diese sind in keinem guten Zustand. Wir erkennen aber, dass wir auf einem aussichtslosen Posten sind und ziehen deshalb unsere beiden Anträge 92 und 93 zurück.

S. 306	40 4040 500656 / 5040 00 000	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien Stadt Zürich Alterszentrum Grünau: Ersatzneubau / Hochbauten				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
092.	Antrag Stadtrat				1 050 000	Minderheit
			300 000		750 000	Mehrheit
						Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Peter Schick (SVP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP) Abwesend Elisabeth Liebi (SVP)
		Begründung:	Sistierung infolge Überarbeitung der Altersstrategie			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 117 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 093.

Wortmeldungen siehe Antrag 092.

S. 307	40 4040 500660 / 5040 00 000	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien Stadt Zürich Alterszentrum Oberstrass: Ersatzneubau / Hochbauten				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
093.	Antrag Stadtrat				789 200	Minderheit
			400 000		389 200	Mehrheit
						Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Peter Schick (SVP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP) Abwesend Elisabeth Liebi (SVP)
		Begründung:	Sistierung infolge Überarbeitung der Altersstrategie			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 113 gegen 1 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT

Gemeinsame Behandlung der Anträge 095. und 096. (Postulat GR Nr. 2018/464).

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet den Antrag der Kommissionsmehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 631/2018): Die Fachstelle für Gewaltprävention im Schul- und Sportdepartement ist tätig in Prävention, Intervention, Koordination und Empowerment. Sie bietet Dienstleistungen im Zusammenhang mit Gewalt an Schulen an. Bei Krisen unterstützt die Fachstelle mit Beratung und Intervention – insbesondere in den Schulklassen. Die Anzahl Einsätze der Fachstelle in den Schulen ist in den letzten acht Jahren um über 30 Prozent angestiegen. Die Fallzahl korreliert direkt mit der Anzahl Schülerinnen und Schülern in der Volksschule. Deshalb ist eine weitere starke Zunahme der Arbeitslast bei der Fachstelle zu erwarten. Die Interventionen bei den Schulklassen können nicht delegiert werden – weder die Klassenlehrpersonen noch Schulsozialarbeitende sind in der Regel dafür ausgebildet, bei schweren Fällen von psychischer oder physischer Gewalt nachhaltig zu intervenieren. Deshalb begrüssen alle am Schulleben Beteiligten die Existenz dieser Fachstelle. Seit 2014 stehen dieser Fachstelle 450 Stellenprocente zur Verfügung. Früher waren es sechs volle Stellen. Es ist ein Paradox, dass bei steigenden Schülerzahlen die Anzahl Stellen reduziert worden ist. Um den zunehmenden Bedarf der Schulen einigermaßen zu decken, beantragen wir im Budget 2019 eine zusätzliche Stelle. Darüber hinaus fordern wir im Postulat, dass die Anzahl Stellenprocente dieser Fachstelle in Zukunft regelmässig überprüft und bei Bedarf angepasst wird. Damit soll die Auftragserledigung dieser Fachstelle für die Zukunft sichergestellt werden.

Severin Pflüger (FDP): Ich äussere mich vorerst nur zum Budgetantrag, Yasmine Bourgeois (FDP) später zum Postulat. Grundsätzlich besteht die von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) erwähnte Korrelation, faktisch besteht in dieser Stadt aber keine Korrelation zwischen dem Arbeitsanfall dieser Fachstelle und der Anzahl Schüler. Die Anzahl Interventionen der Fachstelle sind stark schwankend und haben nichts mit dem Schülerwachstum zu tun. Von einem Jahr zum anderen gibt es beim Arbeitsaufwand manchmal eine Verdoppelung und dann wieder eine Halbierung ein Jahr später. Eine Nachfrage beim Departement hat ergeben, dass sie selber keinen Bedarf sehen. Weiter wird bei der Schulsozialarbeit viel für die Gewaltprävention getan. Als Drittes ist die Gewaltprävention Teil des Lehrplans 21 und beginnt bereits im Kindergarten und wird durch das ganze Volksschulleben der Schüler gezogen. Das Resultat ist, dass die Gewalt im Schulalltag massiv reduziert wurde. Entsprechend braucht es auch die zusätzlichen Stellen nicht.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: Die Zahlen der Gewaltpräventionsstelle sind stark schwankend und eine direkte Korrelation kann auch ich nicht erkennen. Es besteht ein leicht ansteigender Trend. Als Beispiel nenne ich das Jahr 2012: dort hatten wir 180 Fälle. In den Jahren 2015 und 2016 waren es über 200 und jetzt im Jahr 2018 sinkt diese Zahl wieder. Weiter ist eine Stelle wegen eines Krankheitsfalles vakant. Ich bin der Meinung, dass die Arbeit sehr gut zu bewältigen ist, sobald diese Stelle wiederbesetzt werden kann. Es wurde gefragt, warum die Präventionsstelle nicht vermehrt in privaten Vereinen tätig ist. Dazu besteht weder eine gesetzliche Grundlage noch ein Auftrag durch das Parlament; dieses Engagement geschah also freiwillig innerhalb eines Projektes. Die Nachfrage privater Vereine ist sehr klein, vor allem bei solchen, die mit Freiwilligenarbeit

zu tun haben.

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): Die AL fragt sich, ob die Anbindung der Ressourcen der Fachstelle an die Anzahl Schülerinnen und Schüler sinnvoll ist. Es ist aber notwendig, dass die Anfragen der Schulen zeitgerecht beantwortet werden können. Es wäre sehr schlecht, wenn es bei schweren Gewaltvorfällen eine Warteliste geben würde. Deshalb beantragen wir den Postulanten folgenden Textänderungsantrag: «Die Anzahl Stellenprozente der Fachstelle soll regelmässig überprüft und dem Bedarf angepasst werden. Der Bedarf ist zusammen mit dem Sozialdepartement (Schulsozialarbeit) zu erheben. Es ist sicherzustellen, dass Anfragen von Schulen innerhalb der gewünschten Fristen (keine Wartelisten – bei Kriseninterventionen sofort) bearbeitet werden können. Ein in den letzten Jahren aufgelaufener Nachholbedarf ist zu beheben.» Die Zusammenarbeit zwischen Schulsozialarbeit und Fachstelle soll intensiviert werden, weil die Eskalationshierarchie tatsächlich so existiert, wie es Severin Pflüger (FDP) dargestellt hatte. Lehrer und Schulen haben eine erste Zuständigkeit, als zweites folgt die Schulsozialarbeit und drittens muss die Fachstelle intervenieren können. Ob der Budgetkredit im Schulamt im SSD erhöht werden muss oder nicht, ist innerhalb der Fraktion umstritten, die Ziele des Postulats werden aber vollständig unterstützt.

Shaibal Roy (GLP): Die Fachstelle hat ganz klar kommuniziert, dass eine Erhöhung nicht notwendig ist und trotzdem haben wir einen solchen Antrag und ein Postulat. Die Textänderung der AL schreibt das Postulat völlig neu und klingt eigentlich sympathisch, doch es beginnt noch immer falsch damit, dass man per se eine Erhöhung schaffen möchte, die von der Verwaltung gar nicht gefordert wird. Deshalb lehnen wir Antrag und das Postulat ab.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): Natürlich schwankten die Fallzahlen der Fachstelle in den letzten Jahren stark. Allerdings tun sie dies mit einem starken Aufwärtstrend. Nimmt man den Dreijahresdurchschnitt, um diese Schwankungen auszugleichen, so hat die Fachstelle 2009 bis 2011 jährlich 149 Einsätze an den Schulen durchgeführt, 2015 bis 2017 waren es 207. Das ist eine Steigerung um 39 Prozent. Zur zweiten Behauptung der Korrelation von steigenden Schüler- mit steigenden Fallzahlen der Fachstelle: Das SSD behauptet das sei keine Korrelation. Ich habe eine Korrelationsanalyse erstellt und es besteht ein sehr hoher Korrelationskoeffizient – er ist nahe bei eins und somit einer der höchsten, die ich jemals am Rämibühl nachgerechnet habe. Es besteht also ein starker direkter Zusammenhang zwischen steigenden Schülerzahlen und steigenden Fallzahlen bei der Fachstelle Gewaltprävention. Deshalb bitte ich Sie, dass wir die personellen Ressourcen der Fachstelle aufstocken.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: Natürlich ist der Korrelationskoeffizient nicht null, doch er hängt stark davon ab, welchen Zeitraum man wählt. In den Jahren 2011 und 2012 gab es 172 und 180 Fälle. In den Jahren 2013 und 2014 waren es 124 und 164. Die erste Aussage, dass es sehr stark schwankt und dass es in gewissen Zeitperioden keine Korrelation gibt, ist unbestritten. Dass es über die Länge eine gewisse Steigerung gibt, ist ebenfalls korrekt. Aber nicht jeder Fall ist gleich: Die einen bedeuten deutlich mehr Aufwand und andere können gut in Zusammenarbeit mit dem Sozialdepartement abgehandelt werden. Und die Zusammenarbeit ist in der letzten Zeit wesentlich intensiver geworden. Das heisst, diese Fälle können irgendwann übergeben werden. Als Antwort auf Walter Angst (AL): Mir ist keine Pendenz bekannt, die länger andauert als einen oder zwei Tage. Denn hier handelt es sich um eine dermassen sensible Stelle, dass die Me-

dienststelle und ich persönlich häufig zuerst informiert werden, weil die Fälle sehr schwierig sind oder schwierig werden könnten. Mir ist also kein irgendwie gearteter Stau bekannt. Das heisst: Wir können die Arbeitslast zurzeit sehr gut bewältigen. Sollten wir das einmal nicht mehr können, bin ich der erste, der einen Antrag stellen wird. Doch das Gegenteil ist der Fall: Wenn wir die zurzeit vakante Stelle besetzen können, haben wir genügend Kapazitäten. Wir sprechen hier von einer Erhöhung auf Vorrat aufgrund einer mathematischen Korrelation bei einer willkürlichen Auswahl des Zeitraums.

Stefan Urech (SVP): Die grosse Mehrheit der Fälle in dieser Fachstelle sind Interventions- und nicht Präventionsfälle. Weiter haben wir vor zwei Monaten von Alfred Felix, dem Leiter der Fachstelle für Gewaltprävention, in der Kommission eine eindrückliche Präsentation über die Probleme der Fachstelle erhalten. Zum Beispiel wurden im Jahr 2018 bis zum Oktober bereits 28 Drohungen gegenüber Lehrpersonen in der Stadt Zürich ausgesprochen und viele andere Beispiele. Es gibt also dieses Problem und anstatt dass wir genau hinhören, was Alfred Felix sagt, und versuchen das Problem bei der Wurzel zu packen, betreiben wir Symptombekämpfung. Bei der genannten Korrelationsrechnung handelt es sich nicht um eine Korrelationsrechnung, sondern um eine rot-grüne Gleichung und die lautet so: Problem geteilt durch mehr Staatsangestellte gleich Lösung. Und diese Rechnung geht nicht auf. Wir müssen genau hinschauen, wo das Problem liegt und Alfred Felix hat es gesagt. Er sei schockiert gewesen, wie viele Lehrer in den von ihm besuchten Klassenzimmern die Führung über ihre Klassen verloren hätten. Die Lehrpersonen würden nicht mehr richtig auf die Herausforderungen im Klassenzimmer vorbereitet. Deshalb seien auch ganz viele Interventionen der Fachstelle Weiterbildungen der Lehrpersonen und stehen nicht im Zusammenhang mit verprügelten Schülern. Überhaupt kommen diese von Walter Angst (AL) genannten Gewaltfälle nur sehr selten vor: Letztes Jahr waren es gerade Mal fünf angegriffene Schüler. Wir müssen also aufhören, in der PH das Märchen von der heilen Welt zu verbreiten und stattdessen die Lehrpersonen ehrlich auf die Herausforderungen im Klassenzimmer vorbereiten.

Yasmine Bourgeois (FDP): Wir glauben, nicht eine Erhöhung der Stellenprozente, sondern das Gegenteil wäre angebracht. Ich möchte auf die Art der Fälle eingehen. Die Fallzahlen von 2017 zeigen, dass jedes Vollzeitpensum dieser Fachstelle über zwölf Tage Zeit hat, sich mit einem einzelnen Fall zu befassen. Betrachtet man die Zahlen in den einzelnen Fallbereichen, so fällt auf, dass die meisten der insgesamt 90 Fälle, nämlich 20, im Bereich Klassenklima und 16 im Bereich Umgang mit digitalen Medien anfallen. Das sind Aufgaben, die meiner Meinung nach Klassenlehrer oder Schulsozialarbeiter übernehmen könnten. Im Bereich Umgang mit digitalen Medien haben wir gerade ein neues Fach geschaffen. Es ist deutlich erkennbar, dass hier eine Doppelspurigkeit mit der Schulsozialarbeit besteht. Deshalb ist die FDP gegen diesen Antrag und akzeptiert auch die Textänderung nicht.

Ursula Näf (SP): Stefan Urech (SVP) sprach den Besuch der Fachstelle in der Spezialkommission an. Wir hören sehr wohl hin, was in diesem Rahmen gesagt wurde. Es wurde gesagt, es sei keine Kapazität vorhanden, um in den Vereinen Dienstleistungen anzubieten, ausser es handle sich bereits um eine Eskalation. Es bestehen grosse Fallzahlen und die einzelnen Fälle werden immer komplexer. Dadurch bleibe nur wenig Zeit für Präventionsprojekte, für die man mehr Ressourcen brauchen könne. In der Stellungnahme des Stadtrats hört man davon erstaunlicherweise nichts mehr. Man scheint nicht mehr ehrlich zu sein, was den personellen Bedarf anbelangt. Vielmehr wird der Eindruck erweckt, man könne Leistung ohne die nötigen Ressourcen erbringen. Damit gefährdet man einerseits die hohe Qualität der Arbeit dieser Fachstelle und andererseits überträgt man den Druck auf die Mitarbeitenden der Fachstelle, mit dem Spannungsbogen zwischen Aufgaben und zur Verfügung stehenden Ressourcen umzugehen. Die Schulsozi-

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2018/351, Beschluss-Nr. 692/2018, Antrag Nr. 096.

Walter Angst (AL) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er die Gesamtzahl der Stellenprozente der Fachstelle für Gewaltprävention erhöhen kann. Dabei soll die Anzahl Stellenprozente der Fachstelle dem seit 2012 bereits erfolgten und dem bis 2025 prognostizierten Wachstum der Anzahl Schülerinnen und Schüler angepasst werden. Die Anzahl Stellenprozente der Fachstelle soll regelmässig überprüft und dem Bedarf angepasst werden. Der Bedarf ist zusammen mit dem Sozialdepartement (Schulsozialarbeit) zu erheben. Es ist sicherzustellen, dass Anfragen von Schulen innerhalb der gewünschten Fristen (keine Wartelisten – bei Kriseninterventionen sofort) bearbeitet werden können. Ein in den letzten Jahren aufgelaufener Nachholbedarf ist zu beheben.

Ursula Näf (SP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 73 gegen 50 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Antrag 097.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Christian Huser (FDP): *Bereits heute haben die Schulleitung und Lehrerinnen und Lehrer einen hohen Aufwand und komplizierte Abläufe zu bewältigen. Unter dem Vorwand der Tagesschule 2025 und der Abschaffung der SK SSA wird argumentiert, es würden mehr Stellen in den Kreisschulbehörden und in der Verwaltung gebraucht. Das können wir nicht nachvollziehen. Mehr Mitarbeiter bedeuten mehr Bürokratie und zweifellos weniger Bildung in den Schulzimmern. Wir wollen doch alle mehr Bildung und weniger Bürokratie haben. Wir passen aber den Kürzungsantrag trotzdem an und reduzieren den Betrag von 300 000 Franken auf 100 000 Franken.*

Walter Angst (AL): *Für die AL ist unbestritten, dass angesichts der Veränderungen im Schulwesen es notwendig ist, auch die Ressourcen der Leitung zu erhöhen. Ich erinnere daran, dass die Schuleinheiten zum Teil massiv grösser werden und angesichts der Tagesschulen vor neuen Herausforderungen stehen. Insofern sind diese Schulleitungssekretariate sinnvoll und richtig. Allerdings hatten wir mit einem GLP-Postulat bereits vor Jahren den Auftrag erteilt, die Gesamtorganisation zwischen Schulamt, Kreisschulpflegen und den Schuleinheiten zu betrachten. Dort liegt ein erhebliches Potential, das ausgeschöpft werden sollte. Das Programm des Stadtrats über die Ergänzung der Schulleitungen mit Schulleitungssekretariate stellen wir nicht in Frage, wir wollen aber mit einer Reduktion erreichen, dass diese Prozesse angeschaut werden, um das Ziel mit weniger Ressourcen zu erreichen. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag zuzustimmen – dies nicht, um Geld zu sparen, sondern um die Organisation so zu gestalten, dass alle profitieren können.*

Renate Fischer (SP): *Die FDP will bei der Schulleitung sparen, die AL bei den Schulsekretariaten. Die Sekretariate wurden im November 2012 vom Gemeinderat bestellt. Die flächendeckende Einführung ist über die nächsten drei Jahre geplant und stadtweit koordiniert mit einheitlichen Stellenbeschrieben für alle Sekretariate. Das Projekt wird professionell und kostenbewusst geleitet: So konnte dank der Test- und Pilotphase die Umsetzung mit einem Bruchteil des Budgets gestaltet werden. Der AL ist die uneinheitliche Führung der Kreisschulpflegen ein Dorn im Auge und will nun genau in einem Projekt kürzen, wo die geforderte Koordination vorhanden ist. Die FDP will bei den Schulleitungen kürzen. Sie fordert zwar die flächendeckende Einführung von Tagesschulen und*

ihr ist sicher auch bewusst, dass Schulleitungen jeweils 30 bis 80 Mitarbeitende unterstellt sind – und auch, dass die Einführung des Lehrplans 21, die Einführung des neuen Berufsauftrags und die wachsende Schülerzahl die Schulleitungen fordern. Es werden bereits Überstunden geleistet. Jetzt will die FDP noch mehr Stellenprozente einsparen, obwohl für die Einführung dieser Sekretariate bereits Stellenprozente bei der Schulleitung gekürzt und der Anteil für Administration im Globalkredit der Schulen gestrichen wurde. Offensichtlich sind Überstunden bei der Schulleitung für die FDP etwas anderes als jene bei der Polizei, wo sie zusätzliche Stellen forderte. Die Kürzungen, wie sie von AL und FDP gefordert werden, treffen die Schulen an der Front und die Mehrheit lehnt die Kürzungsanträge deshalb ab.

Weitere Wortmeldungen:

Shaibal Roy (GLP): *Die GLP ist momentan noch in der Enthaltung, wechselt aber auf den auf 100 000 Franken reduzierten Antrag der FDP. Walter Angst (AL) hat ausgeführt, wie wir uns eine Umsetzung wünschen. Wir haben 2016 ein Postulat eingereicht, dass zwar die Einführung der Sekretariate, aber auch eine Kompensation forderte. Diese Kompensation ist nicht zu erkennen. Die Kürzung des Globalkredites war nicht die Intention; die Kompensation der in die Schulsekretariate verlagerten administrativen Tätigkeiten soll beim Schulamts stattfinden.*

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): *Die Schulleitungen der Stadt Zürich sind am Anschlag. Alle mir bekannten Schulleiterinnen und Schulleiter sind engagierte und hart arbeitende Menschen – meistens deutlich über ihr Pensum hinaus. Weil die Anzahl Schülerinnen und Schülern und jene der Lehrpersonen wächst, kommt in den nächsten Jahren immer mehr Arbeit auf die Schulleitungen zu. Ihre Entlastung ist dringend nötig. Man muss den Schulleitungen die Delegation von administrativer Arbeit ermöglichen, damit sie sich mehr ihren Kernaufgaben widmen können. Diese sind die personelle und pädagogische Führung der Schule. Gerade die pädagogische Führung der Schule wird in den nächsten Jahren mehr Zeit in Anspruch nehmen, weil bei der Einführung der Tagesschulen neue pädagogische Konzepte erstellt werden sollen. Diese Schulsekretariate haben sich an den Mittelschulen längstens bewährt. Deren Schulleitungen sind von administrativen Aufgaben entlastet. Es ist Zeit, diese Entlastung auch den Schulleitungen der Volksschule zuzugestehen. Diese Schulleitungssekretariate sind deshalb dringend nötig – selbstverständlich ohne Abbau von Stellenprozente bei den Schulleitungen.*

Stefan Urech (SVP): *Ich kenne den einen oder anderen Schulleiter in der Stadt Zürich. Es ist so, wie es die Ratslinke beschreibt: Die Schulleiter versinken in der Arbeit und brauchen Unterstützung. Aber anstatt die Herkunft der Probleme festzustellen, versucht man das Problem mit mehr Angestellten zu lösen. Renate Fischer (SP) hat aufgelistet, woher die zusätzliche Bürokratie und der Mehraufwand kommen: Die Umsetzung des Lehrplans 21 – wollten wir nicht. Der neue Berufsauftrag – wollten wir nicht, Kantonsrat Matthias Hauser warnte in diesem Haus vor dem riesigen, bürokratischen Aufwand für nichts. Auch die übertriebene Therapiesierung unserer Schüler generiert jedes Mal Abklärungen, Formulare und einen Papierkrieg, den man reduzieren könnte mit weniger Extraaufträgen, die die Ratslinke dieser Schule überstülpt.*

Yasmine Bourgeois (FDP): *Ich arbeite selbst in der Schule und kenne den Arbeitsaufwand der Schulleiter. Aber ich weiss auch, dass es eine Unmenge an ineffizienter Abläufe in dieser Schule gibt. Das Verbesserungspotential ist gross. Dazu gehören ineffiziente Sitzungen, unnötige Berichte, die unter anderem auch zuhause der Kreisschulpflege geschrieben werden müssen oder der neue Berufsauftrag, der viel zusätzliche Arbeit entwickelt. Sie stellen das so dar, als könnte mit mehr Stellen alles gelöst werden. Vor ein paar Jahren haben Sie im Budget behauptet, die Kinder würden auf der Strasse*

geboren, wenn man Arbeitsstellen streichen würde. Doch dies ist nicht geschehen.

Claudia Rabelbauer (EVP): Die EVP unterstützt die Mehrheit. Die Schulen müssen entlastet werden. Damals waren es die Lehrpersonen, zu deren Hilfe man die Schulleitung einführte, heute sind es die Schulleitungen, die mit dem Schulsekretariat entlastet werden. Natürlich lassen sich die einzelnen Prozesse verbessern und effizienter gestalten. Das ist sicher auch dringend nötig. Aber gerade bei der Administration gibt es vieles, das man vereinheitlichen kann. Ob man einen Brief 100 oder 500 Mal ausdruckt, ist einem Drucker einerlei, aber eine Person setzt sich hin, um ihn zu entwerfen. Ohne diese Vereinheitlichung müsste jede Schulleitung diesen Arbeitsschritt auch noch machen. Um diese Synergien zu nutzen sind diese Sekretariate wünschenswert und wichtig. Wie Dr. Balz Bürgisser (Grüne) schon sagte, geht es bei den Schulleitungen auch noch darum, dass sie vermehrt Personalführungsaufgaben übernehmen werden. Gerade dafür braucht man Zeit, um sich den Lehrern, Eltern und Kindern anzunehmen. Ich bitte Sie, die Mehrheit zu unterstützen und den Schulen zu geben, was sie brauchen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: Die Schulleitungen sind stark belastet. Dies nicht nur aufgrund des Schülerwachstums, wir haben auch viele direkt den Schulleitungen Unterstellte und in gewissen Kreisen auch aufwändige Eltern – das darf man nicht vergessen. Dies betrifft sehr stark die Administration in den Schulleitungen. Für deren Entlastung haben wir das Schulleitungssekretariat geschaffen – ich halte das für einen guten Weg. Es ist auch so, dass bereits eine kleine Kompensation im Antrag enthalten ist. Deshalb bitte Sie, dem Antrag des Stadtrates zu folgen.

S. 334	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT				
	5010	Schulamt				
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
097.	Antrag Stadtrat				184 989 400 Mehrheit	Renate Fischer (SP) Referentin, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
		100 000			184 889 400 Minderheit 1	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Peter Schick (SVP)
		50 000			184 939 400 Minderheit 2	Walter Angst (AL) Referent
					Enthaltung	Shaibal Roy (GLP)
					Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
		Begründung:	FDP: Unterstützung der Schulleitungs-Sekretariate, im Gegenzug werden bei der Schulleitung 3 Stellen kompensiert; AL: Verschiebung Schaffung 1 von 15 für 2019 beantragte Stellen der Schulleitungs-Sekretariate. Mittel sollen zur Vereinheitlichung und Anpassung der Verwaltungsprozesse eingesetzt werden			

Christian Huser (FDP) beantragt für den Antrag der Minderheit 1 neu eine Kürzung um 100 000 Franken.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(184 989 400)	63 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(184 889 400)	59 Stimmen

Antrag Minderheit 2	(184 939 400)	<u>1 Stimme</u>
Total		123 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 098. und 099.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Yasmine Bourgeois (FDP): Die FDP will keine Verschiebung der Personalkosten von externen Sonderschulen zu Klassenassistenten. Wir wollen nicht noch mehr Sonderschüler in den Regelklassen. Ich spreche hier nur von echten Sonderfällen, also von Kindern, die keine reelle Chance haben, auch nur annähernd das Niveau ihrer Klassenkameraden zu erreichen. Diesen Fällen ist mit mehr Personal nicht geholfen, das nur ein System stützt, das nicht funktioniert. Das ist nicht asozial, im Gegenteil ist es diesen Kindern gegenüber asozial, ihnen das Gefühl zu geben, sie seien schlechter und anders als die anderen. Und dieses Gefühl haben sie, denn sie sehen selbst, dass sie nicht mit den anderen Kindern Schritt halten können und immer jemanden bedürfen, der ihnen alles erklärt und ihnen Sonderaufgaben stellt. Können Sie sich vorstellen, wie das diese Kinder fürs Leben prägt? Auch das Niveau aller anderen Schülerinnen und Schüler wird durch die zusätzliche Unruhe im Klassenzimmer gesenkt.

Walter Angst (AL): Yasmine Bourgeois (FDP), Sie sagen, sie wollen nicht jene treffen, die sehr gut in den normalen Schulen unterrichtet werden könnten, aber mangels Ressourcen heute von den Schulpsychologinnen und Schulpsychologen in Kleinklassen geschickt werden. Sie wollen nur jene weiter in Spezialklassen unterrichten, die eigentlich gar nicht in den Regelklassen geschult werden können. Die Realität sieht anders aus: Es ist unbestritten, dass Dinge, die früher nicht möglich gewesen wären, mit den Klassenassistenten heute möglich sind, so dass die Klassen ihre integrative Funktion wahrnehmen können. Der gemeinsame Unterricht ist zudem auch finanziell interessanter, denn es entstehen bessere Lernbiografien. Ich bitte Sie mit dem Stadtrat zu stimmen.

S. 334	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT			
	5010	Schulamt			
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
098.	Antrag Stadtrat			184 989 400 Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
		2 490 000		182 499 400 Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Peter Schick (SVP)
				Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)

Begründung: Keine Verschiebung der Personalkosten von externen Sonderschulen zu Klassenassistenzen, nicht noch mehr untragbare Fälle in Regelklassen, nicht noch mehr Unruhe in den Schulzimmern (Anteil Personalkosten Fr. 2 220 000, Anteil Sachkosten Fr. 270 000)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 38 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 099.

Wortmeldungen siehe Antrag 098.

S. 336	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT			
	5010	Schulamt			
	3130 00 000	Dienstleistungen Dritter			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
099.	Antrag Stadtrat			36 589 800	Mehrheit
					Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
			2 490 000	39 079 800	Minderheit
					Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Peter Schick (SVP)
					Abwesend
		Begründung:	Keine Verschiebung der Personalkosten von externen Sonderschulen zu Klassenassistenzen, nicht noch mehr untragbare Fälle in Regelklassen, nicht noch mehr Unruhe in den Schulzimmern. Gegenbuchung externe Sonderschulen		

Yasmine Bourgeois (FDP) zieht den Antrag der Minderheit zurück. Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 100.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Christian Huser (FDP): Wir sind der Meinung, dass der Lehrmittelverschwendung Einhalt geboten werden muss. Auch wenn ich selbst in der grafischen Branche tätig bin und von entsprechenden Aufträgen profitiere, kann das so nicht weitergehen. Damals, als einige von Ihnen noch gar nicht auf der Welt waren, haben wir Schulbücher noch eingebunden und sie am Ende des Schuljahres wieder zurückgegeben – je nach Zustand musste man noch etwas dafür bezahlen. Heute – während wir alle von Ökologie und 2000-Watt-Gesellschaft sprechen – sind wir nur noch teilweise in der Lage, den Schulbüchern Sorge zu tragen. Auch die Eltern sind nur noch bedingt in der Lage, ihre Kinder zur Sorgfalt zu erziehen.

Walter Angst (AL): Mit diesem Antrag wollen Sie eigentlich die Schülerinnen und Schüler erziehen, mit den Büchern sorgfältig umzugehen. Auch ich mag mich an das Einbinden der Schulbücher in Packpapier erinnern. Der Ansatz ist hier aber etwas speziell:

Man sagt, man liefere einfach weniger Schulbücher und die neue Klasse erhält dann die mit Lösungen vollgekritzelten Bücher der Vorgänger. Das Budget der Volksschule beträgt eine Milliarde Franken und Sie wollen 500 000 Franken kürzen, damit die Kinder wieder pfleglich mit ihren Schulbüchern umgehen. Ich denke, das ist der falsche Weg – auch wenn wir Ihr Ziel natürlich 100-prozentig unterstützen.

Weitere Wortmeldung:

Stefan Urech (SVP): Ich hatte vor kurzem ein Vikariat im Kanton ausserhalb der Stadt. Dort arbeiteten wir mit einem vom Lehrer eingescannten Geografiebuch, das auf dem Tablet geöffnet wurde. Dadurch ist das Lehrmittel für den nächsten noch genau gleich gut erhalten. Das wäre doch eine erstklassige Methode, Lehrmittel für die Zukunft weiterzugeben, verfügen doch unsere Schüler über diese erstklassigen Acer-Spin-Tablets.

S. 336	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT			
	5010	Schulamt			
	3104 00 000	Lehrmittel			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
100.	Antrag Stadtrat			6 110 600 Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
		500 000		5 610 600 Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Peter Schick (SVP)
				Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
		Begründung:	Stopp der Lehrmittelverschwendung. Lehrmittel werden heute oft nur noch ein- oder zweimal verwendet, eine Kontrolle herrscht kaum. Entsprechend wird mit den Lehrmitteln umgegangen. Lehrmittel/Bücher einbinden und wiederverwenden, Kinder zu Sorgfalt statt zur Wegwerfgesellschaft erziehen. Ökologisch im Sinne der 2000-Watt-Gesellschaft und ökonomisch sinnvoll		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 101.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Yasmine Bourgeois (FDP): Die FDP will mehr Bildung und weniger Projekte. Hier geht es um das genau gleiche Thema wie bei meinem letzten Votum. Wir wollen keine Projekte, die die schulische Integration stärken müssen. Ich wiederhole: Das System wird nicht besser mit mehr Stützmassnahmen für die Integration von Sonderschülern. Wir sollten ein Zeichen setzen und das Ganze zurückbauen. Mit diesem Antrag wollen wir auch eine schlanke Tagesschule, bei der es uns vor allem um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht und nicht um ein staatliches Rundum-Wohlfühlprogramm.

Walter Angst (AL): Mit dem zentralen Projekt «Lebensraum Schule» will der Stadtrat ja gerade ein schlankes Tagesschulprojekt umsetzen. Die RPK hat das Projekt-Portfolio im Schulamt bestellt und kam nicht zum Schluss, dass dort eine ausufernde Vielfalt an Pro-

jekten besteht – ausser vielleicht das von STR Filippo Leutenegger reaktivierte Projekt, bei dem man die Finanzflüsse innerhalb des Schulamtes untersuchen müsste. Auch dieses Projekt finde ich eigentlich gut, aber es wäre wahrscheinlich das erste, das mit diesem Antrag über die Klippe springen müsste. Die anderen Projekte sind direkt relevant für die Schulentwicklung. Diese Projekte sind substantiell und wichtig. Wenn man hier kürzt, käme das, was Sie wollen, ganz sicher nicht zustande.

Weitere Wortmeldungen:

Yasmine Bourgeois (FDP): Ich spreche vom Projekt zur Stärkung der Integrationskraft der Schulen. Dieses halte ich für falsch, weil man die Schulen stützen müsste. Zu den Tagesschulen will ich nochmals sagen, dass es keine Staatsaufgabe ist, den Kindern ein Rundum-Wohlfühlprogramm zu bieten. Die bisherigen Auswertungen der Tagesschulen zeigen, dass die Kinder am liebsten draussen spielen und nicht ihre Zeit verplant haben möchten.

Walter Angst (AL): Es geht bei diesem Projekt darum, abzuklären, wie die Musikschule und das Sportangebot in die Betreuung integriert werden können. Ich gehe mit meiner Tochter jeden Montag 500 Meter die Haldenstrasse hinunter, damit sie in die Tubastunde kann, weil die Musikschule nicht integriert ist und kein Konzept besteht. Ich mache das gerne, aber es gäbe auch andere Aktivitäten mit den Kindern, als ihnen die Instrumente nachzutragen, weil die Schule nicht in die Lage ist, diese Integration von Musikschule und Betreuung in einem Tagesprogramm sicher zu stellen.

S. 336	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT			
	5010	Schulamt			
	3132 00 000	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
101.	Antrag Stadtrat			1 225 900 Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
		171 300		1 054 600 Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Peter Schick (SVP)
				Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
		Begründung: Weniger Projekte, mehr Bildung. Projekte streichen: Lebensraum Schule Fr. 15 000 (kein unnötiger Luxus in der Tagesschule), Fachunterstützungen Regelschulen zur Stärkung Integrationskraft Fr. 151 300 (Krücke zur Behebung fundamentaler Probleme der schulischen Integration), Schulleitungs-Sekretariate Fr. 5000 (keine weitere Verbürokratisierung der Volksschule)			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 30, Beschluss-Nr. 692/2018).

E i n g ä n g e

Es sind keine Vorstösse eingereicht worden.

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 14. Dezember 2018, 17 Uhr.